

UNIVERSEN

Hafenstraße

Ein Rechercheprojekt von Helge Schmidt

**Gastspiel des Theater Lübeck in Kooperation mit der
Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Hannover**

**MI 07.05.2025 20:00 Uhr Cumberlandische Bühne
anschl. Nachgespräch auf der Bühne**

Rote Hilfe e.V. Hannover



V.i.S.d.P.

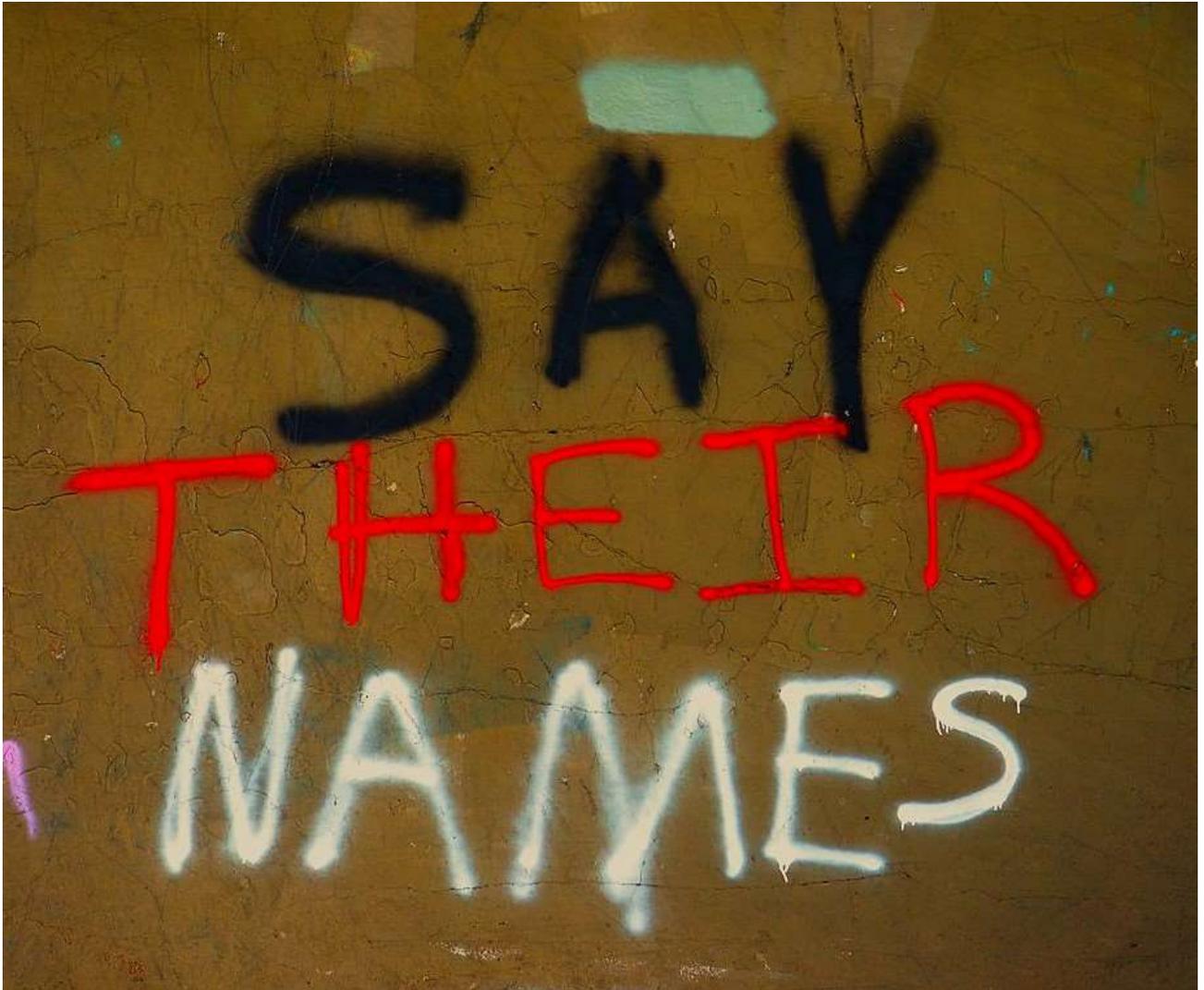
A. Sommerfeld | PF 32 55, 37022 Göttingen

**In Erinnerung an die 48 Menschen
aus dem Haus in der Hafensstraße 52.
Niemand von ihnen lebte in diesem Haus freiwillig.**

Françoise Makodila Landu, 33 Jahre
Christine Makodila, 17 Jahre
Miya Makodila, 14 Jahre
Christelle Makodila Nsimba, 8 Jahre
Legrand Makodila Mbongo, 5 Jahre
Jean-Daniel Makodil Kosia, 3 Jahre
Monique Maiamba Bunga, 27 Jahre
Nsuzana Bunga, 7 Jahre
Sylvio Bruno Comlan Amoussou, 27 Jahre
Rabia El Omari, 17 Jahre

**Diese zehn Menschen waren aus Zaire, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien
und aus dem Libanon geflohen, um in Deutschland ein sicheres Zuhause
zu finden. Sie kamen als Geflüchtete nach Deutschland und wurden von
deutschen Täter*innen ermordet.**

**Sie suchten ein Leben und Sicherheit. Die deutsche Gesellschaft wollte
ihnen beides nicht gewähren**





„An dieser Stelle, Hafenstraße 52, starben am 18. Januar 1996 zehn Menschen durch Brandstiftung. Sie waren nach Deutschland gekommen, um hier Schutz zu finden. Das Ereignis erfüllt uns mit Trauer und Schmerz. Die Verantwortlichen für das Verbrechen sind nicht ermittelt worden. Der Tod der Opfer und das Leid der Hinterbliebenen mahnen uns, für die Rechte und die Sicherheit von Flüchtlingen einzutreten.“

So lautet die Inschrift der Gedenktafel, die an den Anschlag erinnert und sich nun dort befindet, wo früher einmal, vor seinem Abriss, ein Haus gestanden hat: Lübeck, Ecke Hafenstraße/Konstinstraße, ein ehemaliges Seemannsheim, drei Stockwerke hoch. Zum Zeitpunkt des Brands beherbergte es 46 Asylsuchende aus verschiedenen Ländern und Krisengebieten

Mit dieser Untat reiht sich Lübeck in eine unrühmliche Liste von Städten ein, die vor allem in den 1990ern durch Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückten – Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen. Doch eines ist in Lübeck anders, denn hier wurden, trotz einer Reihe von Spuren, die Täter:innen niemals ermittelt

Hafenstraße wird den zehnfachen Mord wieder ins Gedächtnis rufen und lässt in Interviews verschiedene Zeitzeug:innen zu Wort kommen. Es klafft eine Wunde in der Stadt, die im kollektiven Gedächtnis zu verblässen droht. Was bedeuten diese Schuld und ihr Vermächtnis fürs heutige Lübeck?



Besetzung

Inszenierung & Fassung Helge Schmidt

Bühne & Kostüme ATELIER LANIKA

(Lani Tran-Duc, Anika Marquardt)

Video Jonas Link, Jonas Plümke

Licht Daniel Thulke

Dramaturgie Oliver Held, Knut Winkmann

Interviews Helge Schmidt, Jonas Link

Mit

Jan Byl, Sonja Cariaso, Lilly Gropper,

Sven Simon, Vincenz Türpe

Wir danken unseren Interviewpartner:innen:

Holger Bachmann-Wulf, Ebrahim Badour,

Michael Bouteiller, Maria Brinkmann,

Esperanca Bunga, Gabriele Heinecke, Karina

Lück, Abdulla Mehmud, Jana Schneider





Hinweis:

In der Inszenierung »Hafenstraße«
werden Auszüge aus dem Buch
»Versöhnungstheater«

von Max Czollek zitiert

(© 2023 Hanser Verlag GmbH & Co.
KG, München).





Der „Fall Hafensstraße“

besteht aus dem Brandanschlag selbst und den nachfolgenden Ermittlungen und Prozessen, die damit (bislang...) endeten, dass niemand für das Verbrechen verantwortlich gemacht werden konnte. Waren für zwei Tage zunächst 4 junge Nazis aus Grevesmühlen verdächtig, wollten Polizei und Staatsanwaltschaft in Safwan E, einem der Hausbewohner:innen, den Täter ermittelt haben. Ihm wurde zwei Mal der Prozess gemacht und in beiden Verfahren freigesprochen.

Entgegen der Behauptungen der verantwortlichen Staatsanwälte konnte nicht nur der Verdacht gegen die vier Nazis nicht ausgeräumt werden, sondern dieser Tatverdacht wurde im Laufe der Jahre bis 1998 immer konkreter. Dennoch weigerten sich die Ermittlungsbehörden vehement, diesem Verdacht nachzugehen.

Antifaschistische Initiativen sprachen bereits im Frühjahr 1996 von „in ihrer Einseitigkeit rassistischen Ermittlungen“, bei denen ein Opfer des Anschlages zum Täter konstruiert wurde, während die eigentlich Tatverdächtigen in Schutz genommen wurden. Wir arbeiten an einer umfangreichen Dokumentation des Geschehens, der Ermittlungen, der Prozesse und der Berichterstattung, die an dieser Stelle nach und nach online veröffentlicht wird.



Es nervt



Den guten Willen nicht in Abrede stellen wollen

Aber um es mal so zu sagen: Es nervt

Der gute Wille nervt

Der verständnisvolle Tonfall (nervt)

Die Sprache des verständnisvollen Nichtverstehens (nervt)

Des Richtigmachenwollens

Des steifen Grinsens, des eifrigen Nickens

Und die bemühten Gestures

Täuschen nicht hinweg

Über den Graben, die Hecke, den Zaun

Ja ja, "no Borders", aber in der Sprache jede Menge Borders

Boring Borders, boring

Die Sprache, die sprachlos macht

Die uns zu unsersgleichen

Und euch zu euresgleichen gemacht hat

Und mit jedem Satz

Uns zwangsläufig zu dem Anderem eben macht



Since ages, since ages

Since ages

Die Sprache, eine Sprache, die dann aber

andernorts vom großen gemeinsamen "Wir" spricht

Einem "Wir", das ungefragt eingemeindet

Don't call us your sisters

**Und alles, damit ihr euch in eurer moralischen Überlegenheit
Als etwas Besseres spüren könnt
Wir, das edle Object of your Projections
Protagonistinnen eurer Schlachten-Gemälde
Solange wir nicht das Falsche sagen
Und euch enttäuschen mit falschen Vorwürfen
Und Undankbarkeit**

**Since ages, since ages
Since ages**



**Wir, das pure, menschliche, edle Viktimisierte
Solange wir bloß nicht unser Maul aufmachen
Mal so richtig, richtig aufmachen
Aber zu der Korrektur gelegentlich
In eure Runden gesetzt
Wohlwollend begrinst, eifrig benickt
Nur ungenügend eingeweiht
Selbst nach Jahren noch
In eure rätselhaften Zeichen und Spielregeln
Geduldig ausreden gelassen
Und dann fortgefahren in der Sprache ohne Zeichen**

**Since ages, since ages
Since ages
Since ages, since ages
Since ages
Since ages**



Die Goldenen Zitronen feat. LaToya Manly-Spain
<https://www.youtube.com/watch?v=UZCN43rjgio>

Interview zu »Hafenstraße«



Interview mit drei Vertreter:innen der Initiative Hafenstraße'96, einem ehrenamtlichen Zusammenschluss von Menschen, die seit ihrer Gründung dafür kämpfen, an den Brandanschlag mit 10

Opfern am 18. Januar 1996 auf ein Haus für Geflüchtete zu erinnern und eine angemessene Gedenkkultur in Lübeck zu etablieren.

Wie seid Ihr zur hafenstraesse.org gekommen und seit wann seid Ihr dabei?

Britta Ich bin 2003 nach Lübeck gezogen und habe in den ersten Jahren an den Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen erst mal nur teilgenommen. Seit 2015 bin ich im Flüchtlingsforum aktiv und habe das Solizentrum mitgegründet. Anfangs war das noch eine Versorgungsstation für Menschen auf der Flucht. Mit vielen zusammen haben wir über 14.000 Menschen mit dem Nötigsten versorgt und sie bei der selbstbestimmten Weiterreise unterstützt. Schnell war klar, dass das Solizentrum als antirassistische Struktur eine Leerstelle in Lübeck füllt. Seitdem finden dort regelmäßig verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen statt, unabhängige solidarische Beratungen für Geflüchtete und vieles mehr. solizentrum.de/de/

Ebi Ich kam 2015 als Geflüchteter nach Rostock und begann dort, mit anderen an die Ausschreitungen 1992 in Lichtenhagen zu erinnern. Ich bin 2020 nach Lübeck umgezogen und habe mich der Initiative angeschlossen. Die Arbeit mit Betroffenen hatte mich dann so bewegt, dass ich mich entschloss, deren Stimmen Gehör zu verschaffen. In Deutschland werden die Perspektiven und Stimmen der vom Rassismus und rechter Gewalt Betroffenen nicht gern gehört, denn sie erzählen eine bittere Wahrheit, aber um die zu verändern, müssen diese Stimmen gehört werden.

Jana Ich bin hier in Lübeck aufgewachsen und auf die gleiche Grundschule gegangen wie die Kinder der Hafenstraße, in die Schule am Stadtpark. Die Thematik begleitet mich seit meiner Jugend; seit dem Ende der 00er-Jahre bin ich im Flüchtlingsforum aktiv. Irgendwann Mitte der 2010er haben wir dann die Gedenkinitiative Hafenstraße'96 als AG vom Flüchtlingsforum gegründet, um einen Rahmen zu haben, der sich explizit mit der Thematik auseinandersetzt. Zum 25. Jahrestag haben wir unsere Homepage aufwendig umgestaltet. Dort gibt es nicht nur aktuelle Infos zu Terminen, sondern unser Herzstück ist die Historie zum Brandanschlag. Wir haben hierdurch etwas für die (digitale) Ewigkeit geschaffen, das allen ermöglicht, sich über den Anschlag und unsere Arbeit zu informieren: hafenstraesse96.org

Wisst Ihr noch, wie Ihr vom Anschlag erfahren habt?

Britta Vom rassistischen Anschlag und 10fachen Mord in der Hafestraße habe ich damals aus der Presse erfahren. Er reihte sich ein in eine lange Reihe von Anschlägen und Pogromen. Vorher am 23. März 1994 verübten Neonazis in Lübeck ja schon den Brandanschlag auf die Synagoge. Das wurde weltweit wahrgenommen und jährt sich dieses Jahr zum dreißigsten Mal.

Ebi Ich über eine Infoveranstaltung in Rostock.

Wann habt Ihr angefangen, Euch zu engagieren?

Britta Ich bin seit meiner Jugend antifaschistisch aktiv.

Ebi Ich hatte bereits in Syrien als Kind mit Tyrannen und Diktaturen zu kämpfen.

Wie habt Ihr den Umgang der Stadt mit dem Anschlag empfunden?

Britta Ich habe ja damals noch nicht in Lübeck gelebt. Ich kenne aber viele Berichte. Vor allem von Aktivist:innen und über das Engagement des damaligen Bürgermeister Michael Bouttelier, mit dem wir immer wieder zusammen gearbeitet haben, bei öffentlichen Veranstaltungen. Er hat nach dem Anschlag mutige Entscheidungen getroffen und sich auf die Seite der Überlebenden gestellt.

Seit ich in der Initiative bin, irritiert mich die Unbeständigkeit der Beteiligung seitens der hauptamtlichen Strukturen der Stadt. Wir machen immer wieder deutlich, dass es für die Überlebenden nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, dass auch eine stadtpolitische Verantwortung übernommen wird, wie zum Beispiel durch eine offizielle Positionierung. Wie dies konkret aussehen könnte, würden wir gerne gemeinsam mit der Stadt entwickeln. Wir finden, es sollte nicht so sein, dass Schüler:innen z.B. erst durch Zufall oder durch die Initiative von der Geschichte erfahren. Auch der Gedenkort in der Hafestraße sollte ein Ort des Gedenkens und der Begegnung sein, an dem informiert wird und politische Bildungsarbeit geleistet werden kann. Wir fordern auch einen Antrag und Beschluss der Lübecker Bürgerschaft, in der der Landtag in Schleswig-Holstein aufgefordert wird, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Das Verfahren kann ja nur durch neue Erkenntnisse, Beweise oder durch Geständnisse wieder aufgenommen werden.

Jana Ich empfinde den Umgang als sehr kontrovers. Auf der einen Seite begleitet der Anschlag viele Menschen seit jeher, auch in den verantwortlichen Positionen der Stadt. Ich nehme hier eine ehrliche Anteilnahme wahr. Persönlich fehlen mir in den letzten Jahren die Anerkennung des Brandanschlags als rassistische Gewalttat, eine Problematik, von der viele Opfer rechter Gewalt betroffen sind, und eine offizielle Einladung, die sich an die Betroffenen und Überlebenden richtet. So etwas gab es früher. Aber heute sind die Kinder der Hafestraße erwachsen, derlei haben sie nicht erhalten, hätten sich das aber gewünscht. Ich begreife auch, dass wir mit unserer Kritik nicht immer auf Verständnis treffen. Aber wenn wir keine Kritik äußern würden, dann wäre kaum eine Auseinandersetzung vorhanden. Es würde nicht darüber diskutiert werden, wie man sowohl auf politischer als auch zivilgesellschaftlicher Ebene eine angemessene Gedenkkultur an den rassistischen Brandanschlag etablieren könnte. Und angemessen meine ich hier im Interesse der Überlebenden.

Ebenso habe ich das Gefühl, dass es in den hauptamtlichen Strukturen nicht bekannt ist, was wir alles an ehrenamtlicher Arbeit leisten. Die jährliche Organisation des Gedenkens am 18. Januar ist hiervon nur ein kleiner Teil. Wir arbeiten immer wieder mit Zebra e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Gewalt) zusammen. Wir haben für Jugendliche einen digitalen Stadtrundgang zum Anschlag entwickelt, wir schreiben Artikel, geben Interviews für Presse und Wissenschaft, erarbeiten selbstständig die Ereignisse aus den 1990er Jahren auf, veranstalten Informationsveranstaltungen und Ausstellungen – und all dies nicht nur mit dem expliziten Fokus auf den Brandanschlag, sondern auch als allgemeine Auseinandersetzung mit rechter Gewalt seit den 1990er Jahren in der Bundesrepublik.

Welche konkreten Ziele verfolgt die Initiative?

Britta Vor 28 Jahren starben bei diesem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße 10 Menschen, 38 weitere wurden verletzt, zum Teil schwer. Sehr viele Indizien deuten auf einen rassistischen Hintergrund der Tat, sogar auf konkrete Täter hin. Dennoch wurden bis auf den heutigen Tag weder Täter zur Verantwortung gezogen noch der Ermittlungsskandal aufgeklärt. Wir gedenken und wir klagen an. Wir sorgen dafür, dass nicht vergessen wird. Daher fordern wir die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um die Tat und die Ereignisse der Nacht des 18. Januars 1996 neu aufzuarbeiten, zu bewerten und in die Untersuchungen die Möglichkeit eines rassistischen Tatmotivs einzubeziehen. Mord verjährt nicht!

Dazu haben wir vor einigen Jahren eine Petition ins Leben gerufen, die [hier \(siehe S.23\)](#) zu finden ist.

Wie finanziert sich die Initiative?

Britta Wir arbeiten alle ehrenamtlich und finanzieren alle Aktivitäten, Veranstaltungen, Kosten für die Unterstützung der Überlebenden und der politischen Bildungsarbeit durch Spenden. Die können gerne mit dem Stichwort Initiative Hafenstraße96 auf das Konto des Lübecker Flüchtlingsforum überwiesen werden:

Lübecker Flüchtlingsforum e.V.

IBAN: DE23 2305 0101 0160 2777 52

BIC: NOLADE21SPL

Wie schätzt Ihr den heutigen Umgang mit der Tragödie ein?

Ebi Was soll ich sagen – der Staat erkennt den Anschlag offiziell immer noch nicht als ein rassistisches und rechtsextremes Attentat an.

Jana Und das ist ein Problem. So greift juristisch zum Beispiel kein Opferentschädigungsgesetz. Es entstehen Probleme für die Aufenthaltstitel der Überlebenden. Und wir sprechen hier von Menschen, die in Deutschland geboren sind, in der Geflüchtetenunterkunft gelebt haben und ihre Familienmitglieder und Freund:innen durch den Brandanschlag verloren haben.

Spätestens seit der Selbstenttarnung des NSU 2011 hat sich gezeigt, dass es im öffentlichen Diskurs zu wenig Beachtung für die Gefahren rechter Gewalt gab. Und das gilt leider auch weiterhin, obwohl kontinuierlich Menschen durch rechte Gewalt und Terror in Deutschland sterben, wie 2019 in Halle und 2020 in Hanau.



Wir müssen uns dieser Gefahr ernsthaft entgegenstellen, und dazu zählt auch, sich mit vergangenen Taten auseinanderzusetzen. Gerade der NSU-Komplex hat gezeigt, wie wichtig es ist, sich mit einzelnen Morden auseinanderzusetzen. Eine Parallele, die zwischen dem NSU-Komplex und dem Brandanschlag existiert, ist, dass zunächst Angehörige beschuldigt wurden und ihnen nicht geglaubt wurde, als sie sagten, dass Nazis hinter diesen Taten steckten. Dies sollte uns dahingehend alarmieren, dass es sinnvoll ist, auch den juristischen Fall »Hafenstraße« nicht nur aus den Blickwinkeln der 1990er und 2000er Jahre zu betrachten, sondern mit den technischen Entwicklungen und Errungenschaften unserer Zeit. So wurde im vergangenen Jahr ein Mord an einem Geflüchteten 1991 in Saarlouis aufgeklärt, da es das Geständnis eines Neonazis gab. Übrigens nur, weil sich Personen aus dem Umfeld des Neonazis an die Polizei wandten. Auch wir gehen davon aus, dass es Mitwisser:innen rund um den Brandanschlag in der Hafenstraße gibt. Zumal es auch ein Geständnis von einem der neonazistischen Täter gab. Auch wenn uns 1996 vielleicht lange her erscheint, sind die Täter heute erst 40-50 Jahre alt. Und wie einst Gabriele Heinicke, die ehemalige Verteidigerin von Safwan Eid, im damaligen Prozess sagte: »Die Tat ist aufgeklärt, die Täter sind bekannt, nur nicht aus juristischer Perspektive.«

Gibt es Anfeindungen oder sogar Angriffe auf die Initiative? Wie ist die Resonanz überhaupt?

Britta Wir bekommen immer mal wieder Mails mit Beschimpfungen und Bedrohungen.

Jana Stimmt. Es gibt auch immer wieder welche, die sich für uns ausgeben, und wir anschließend für etwas verantwortlich gemacht werden, dass wir gar nicht getan haben. Aber vor allem bekommen wir sehr viel Zuspruch. Sowohl von den Menschen hier in Lübeck, als auch von anderen ehrenamtlichen Strukturen, die sich mit rechtsextremer

Gewalt auseinandersetzen. Unsere Form der Arbeit gibt es nicht nur hier, sondern auch in Städten, in den es andere Taten rechter Gewalt und rechten Terrors gab, wie in Solingen, Hamburg oder Hanau, um nur einige zu nennen.

Auch aus wissenschaftlichen Kreisen werden wir regelmäßig kontaktiert und erfahren hier ein durchweg positives Feedback, da es innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion um rechte Gewalt weniger Widersprüche gibt. Das freut mich persönlich sehr, aber andererseits macht es mich auch traurig, dass es im öffentlichen Diskurs, vor allem in Lübeck, weiterhin Positionen gibt, die sich nicht kritisch genug mit den Fehlern der 1990er Jahre auseinandersetzen, in den nicht nur in Lübeck Betroffene fälschlicherweise beschuldigt wurden, sondern es auch immer wieder zu Ermittlungsfehlern kam – ich nenne hier nur das Stichwort NSU.

Leben noch Angehörige oder sogar Überlebende in Lübeck oder sind alle weggezogen?

Britta Darüber geben wir zum Schutz der Persönlichkeitsrechte keine Auskunft.

Von welcher Gesellschaft träumt Ihr?

Britta Ich träume von einer Gesellschaft, in der alle Menschen das Recht haben, zu bleiben und zu gehen, wohin sie möchten, in der alle Menschen frei leben können und Menschenrechte für alle gelten. In der es keine Grenzen mehr gibt. In der es um die Bedürfnisse der Menschen geht und nicht um die Vorteile und Profite von Wenigen. Ich glaube aber nicht, dass es ausreicht zu träumen – ich glaube, dass es eine Transformation braucht und im Angesicht der großen und lebensbedrohlichen Krisen ein Bruch mit dem Kapitalismus und des Nationalismus notwendig ist. Dafür müssen Menschen aktiv werden und Gesellschaft gestalten.

Mir fällt dazu eine Zeile aus einem meiner Lieblingslieder von Rio Reiser ein: »Der Traum ist aus – aber ich werde alles geben – dass er Wirklichkeit wird.«

Ebi Da kann mich voll anschließen!



Gibt es Momente, in denen Ihr Euch nach all den Jahren in der Initiative mit seiner Thematik gefangen fühlt?

Britta Ich bin nach Jahren noch immer schockiert und bewegt, manchmal traurig, fassungslos und wütend. Daneben gibt es auch viel Berührendes und Ermutigendes in der Begegnung mit Betroffenen. Wir haben sehr viel vom Freundeskreis im Gedenken, an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 gelernt.



Der Paradigmenwechsel, für den vor allem Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Brandanschlags in Mölln, steht, weg von dem institutionalisierten, ritualisierten Gedenken zu einem Gedenken, bei dem die Betroffenen als Zeug:innen des Geschehenen im Mittelpunkt stehen und das Gedenken nach ihren Bedürfnissen gestalten und bestimmen, hat bei uns viel in Bewegung gebracht und verändert. Gedenken heißt Verändern!

Auch die Vernetzung der Betroffenen und der Initiativen, der Austausch und das gemeinsame Organisieren hat viel verändert und die Solidaritätsbewegung wahrnehmbarer und sprechfähiger gemacht.

Wünscht Ihr Euch manchmal, niemals damit angefangen zu haben?

Britta Das ist eine Frage, die sowohl leicht als auch schwer zu beantworten ist.

Um es kurz zu machen: aus unserer Sicht gibt es zwischen Antifaschismus und Faschismus keine Mitte. Jede:r muss sich entscheiden. Und diese Entscheidung hat Konsequenzen auch für das eigene Leben. In der gesellschaftlichen Entwicklung, die wir gerade sehen, reicht es nicht aus ‚nicht rassistisch‘ zu sein – wir müssen aktiv antirassistisch sein. Wir gedenken – wir erinnern an die Menschen, die ermordet wurden. Wir stehen an der Seite der Überlebenden und wollen ihre Geschichten hören. Wir als Gesellschaft sind darauf angewiesen, ein offenes, sicheres und menschenwürdiges Zusammenleben zu gestalten, in dem irgendwann niemand mehr Angst haben muss. In der wir gemeinsam dafür sorgen, dass nie wieder jemand sein Kind, Mutter oder Vater, Schwester, Bruder, Familie oder Freund:in durch rassistische Gewalt verlieren wird.

Ebi Trotz des großen Aufwands auf allen Ebenen – wir machen das alles ja ehrenamtlich - bleibt die Verantwortung nach einer besseren Gesellschaft und Gerechtigkeit für die Betroffenen viel wichtiger, denn das sind die Menschen, die viel verloren haben.

Jana Nein, ich wünsche es mir nicht. Ich bin in Lübeck aufgewachsen und nehme es als meine Verantwortung war, sich für die Überlebenden und Angehörigen einzusetzen und dafür zu kämpfen, dass das Unrecht, dass ihnen hier in dieser Stadt widerfahren ist, nicht vergessen wird. Die Verantwortung der Tat liegt bei den Tätern, jedoch ist es möglich, sich selbst dafür einzusetzen, dass das gesellschaftliche Klima, das so etwas begünstigt, veränderbar ist. Was ich mir jedoch wünschen würde, wäre, dass es bestimmte Aufgaben gäbe, um die wir uns nicht mehr so stark kümmern müssten. Jedes Jahr am 18. Januar organisieren wir um 18.00 Uhr in der Hafestraße das Gedenken. Das heißt, wir melden eine Veranstaltung an, laden die Betroffenen ein, buchen und bezahlen ihnen die Anreise und Übernachtungsmöglichkeiten, wir laden öffentlich ein, kontaktieren die Feuerwehr, damit sie uns eine Beleuchtung zur Verfügung stellt, organisieren Techniker:innen für die Soundanlage und vieles mehr ... Und dabei sind wir hier noch nicht mal bei der inhaltlichen Gestaltung angekommen.

Wenn wir diese Strukturarbeit durch ein festes Budget, das uns zur Verfügung gestellt wird, finanzieren könnten, oder all dies selbstständig, durch eine hauptamtliche Struktur organisiert werden würde, könnten wir uns als Initiative viel ausführlicher um die Betroffenen und ihre Bedürfnisse kümmern. Wenn um 19.00 Uhr die Gedenkveranstaltung zu Ende ist, ist es ein Spagat zwischen »Da sein und zu hören« und dem formalen Abbau.

Wie findet ihr als Initiative Hafestraße'96, dass es jetzt ein Theaterstück zum rassistischen Brandanschlag auf die Hafestraße geben wird?

Britta Das kommt darauf an, wie es sein wird und was dann passiert. Wird diese Geschichte reproduziert? Die Täter laufen frei herum – alle sind für einen Abend geschockt und schütteln in ihrem Alltag das Erlebte schnell wieder ab, weil die Gefühle und das Wissen darum nicht auszuhalten sind?

»Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen!« sagte die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano. Wenn Menschen das klar wird, dann ist viel gewonnen!

Wenn es gelingt, dass **#HafestraßenmordUnvergessen** Stadtgespräch wird, Gedenken und Anklagen zu Bewusstsein und Praxis, gelebter Verantwortung und Kultur in Lübeck werden, dann finden wir das gut.

Wenn daraus konkrete Veränderungen angestoßen werden, z.B. für die Gestaltung, den Bau eines Begegnungs- und Bildungsraumes am Gedenkort Hafestraße, und dafür Mittel und Gelder der Stadt zur Verfügung gestellt werden, würde Kunst ihrer politischen und therapeutischen Aufgabe gerecht.

<https://www.theaterluebeck.de/seiten/interview-zu-hafenstrasse.html>

Petition und Forderungen



An: Landtag von Schleswig-Holstein; vertreten durch das Präsidium Herrn Schlie, Frau Touré, Frau Eickhoff-Weber, Frau Krämer, und die demokratischen Fraktionen

Rassistischer Mord in Lübeck – Tat und Ermittlungsfehler endlich aufklären!

Gestartet von

#HafenstraßenMordUnvergessen

für einen Untersuchungsausschuss im Schleswig-Holsteiner Landtag zur Aufklärung des Lübecker Brandanschlages von 1996.

10 Menschen wurden bei einem rassistischen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft am 18. Januar 1996 in Lübeck ermordet, 39 wurden verletzt. Die Tat ist bis heute unaufgeklärt. Vier Neonazis befanden sich während des Brandes am Tatort und wurden zunächst von der Polizei festgenommen. Drei der vier Neonazis wiesen unter anderem frische Sengspuren an Augenbrauen und Kopfhaar auf; laut Gerichtsmedizin waren diese Spuren nicht älter als 24 Stunden und „typisch für Brandstifter“. Zwei der Verdächtigen haben zudem Geständnisse abgelegt.

Trotzdem wurden die Ermittlungen gegen sie – mit fadenscheinigen Begründungen – durch die Staatsanwaltschaft Lübeck eingestellt. Stattdessen wurde, ebenso wie bei den NSU-Morden, ein Opfer beschuldigt und zwei Mal unschuldig angeklagt. Spätestens die Aufarbeitung des NSU-Komplexes lehrt uns, wie fatal die Gefahr der Täter-Opfer-

Umkehrung und die Nicht-Verfolgung von rassistischen Tatmotiven ist. Auch 25 Jahre nach dem 10-fachen Mord wurde kein Täter zur Verantwortung gezogen. Nach wie vor sind viele Fragen zu dem Geschehen in dieser Nacht und zu den darauffolgenden Ermittlungen offen. Wir fordern die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um die Tat und die Ereignisse der Nacht des 18. Januars neu aufzuarbeiten, zu bewerten und in die Ermittlung ein rassistisches Tatmotiv mit einzubeziehen.

Am Tag nach dem Brand in der Lübecker Hafenstraße wurden insgesamt vier Jugendliche aus Grevesmühlen von der Polizei festgenommen. Es handelte sich um Maik W., Dirk T., René B. und Heiko P. Drei von ihnen hielten sich während der Löscharbeiten am Haus auf, schnell wurden rechtsextreme Haltungen bei den vier festgestellt und sie machten über ihren Aufenthalt während der Brandnacht widersprüchliche Angaben.

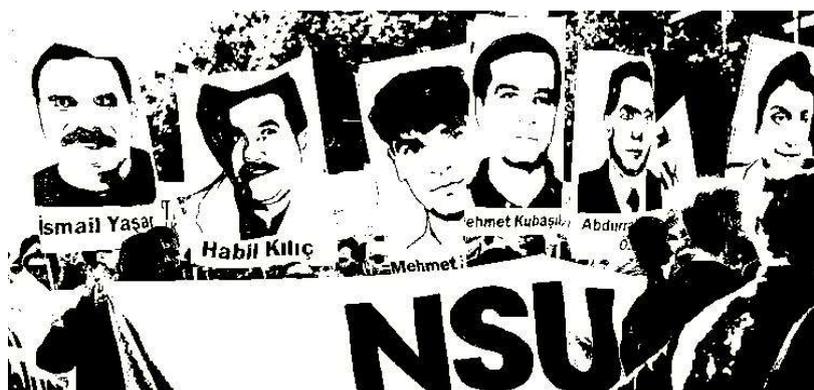
Eine Kehrtwende erfuhr der Fall, als sich am 20. Januar ein Rettungssanitäter meldete, der eine Art Geständnis von einem der Hausbewohner gehört haben wollte. Fortan richteten Polizei und Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen einzig und allein in Richtung des angeblich verdächtigen jungen Libanesen Safwan E. Dies änderte sich auch dann nicht, als sich in zwei Strafprozessen die Vorwürfe gegen ihn als haltlos erwiesen, parallel jedoch immer weitere, starke Indizien gegen die Vier aus Grevesmühlen auftauchten.

Mit Ignoranz, Sturheit und dem Wiederholen von längst als falsch oder fraglichen erwiesenen Entlastungsbehauptungen der vier Rechtsextremisten weigerten sich die Behörden, die Ermittlungen wieder aufzunehmen. Damit haben Polizei und Staatsanwaltschaft einerseits vermieden, eigene Fehler einzugestehen; gleichzeitig einen Strafprozess gegen die vier Tatverdächtigen vereitelt und somit dafür gesorgt, dass bis heute niemand für die Tat zur Rechenschaft gezogen wurde.

Mit den Skandalen um die NSU-Ermittlungen, den Erkenntnissen zu rechtsextremen Netzwerken in Polizei und Bundeswehr, der Sabotage von Ermittlungen durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ergeben sich auch für den Fall Hafenstraße neue Blickwinkel.

Wir sind der Überzeugung, dass ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ein geeignetes Mittel ist, die Vorgänge von 1996 bis 1998 unter die Lupe zu nehmen.

Wir sind ebenfalls überzeugt davon, dass eine Neubewertung der – oftmals seit langem bekannten – Erkenntnisse keine andere Wahl lässt, als die strafrechtlichen Ermittlungen wieder aufzunehmen und in einem neuen Strafprozess darüber zu entscheiden, ob die Vier aus Grevesmühlen für den zehnfachen Mord von Lübeck zur Verantwortung gezogen werden können. Mord verjährt nicht!



**Ein Untersuchungsausschuss muss sich
unserer Meinung nach
insbesondere mit folgenden Fragen befassen:**

- Warum haben die Ermittlungsbehörden keine glaubwürdigen Erklärungen ermittelt, warum drei der vier Grevesmühlener am 18. Januar frische, maximal 24 Stunde alte Sengspuren an Kopfhair und Wimpern aufwiesen, die typisch für Brandstifter sind?
- Warum wurde jahrelang auf ein angebliches Alibi der Grevesmühlener verwiesen, obwohl nur drei der vier sich gegen 3.19h der Brandnacht an einer 6 km vom Brandort entfernten Tankstelle aufgehalten haben könnten?
- Warum wird dieses Tankstellen-Alibi um 3.19 Uhr überhaupt als „wasserdichtes“ Alibi akzeptiert, obwohl der genaue Zeitpunkt der Brandstiftung nie ermittelt werden konnte?
- Warum hat der Umstand, dass der Besitzer besagter Tankstelle – der das „Alibi“ vermittelte – in Verdacht geriet, selber rechtsextremen Einstellungen anzuhängen (Verkauf rechtsextremer Zeitungen, familiäre Kontakte zu einer Kameradschaft) nicht zu neuen Ermittlungen geführt?
- Wieso wird ein LKA-Brandgutachten bis heute als Begründung für eine Brandlegung von innen benutzt, dessen zentrale These haltlos ist, weil sie den Beobachtungen und Brandverletzungen der Hausbewohner*innen widerspricht?
- Wieso wurden wiederholte Geständnisse von Maik W. auch gegenüber Behörden, und ein Geständnis des Heiko P. gegenüber einem Arbeitskollegen nicht nur ignoriert, sondern warum legte die Lübecker Staatsanwaltschaft erhebliche Energie an den Tag, Maik W. zu drängen, sein Geständnis zu widerrufen? Bei einem dieser Geständnisse war von einem „brennenden Mann“ die Rede, den der Grevesmühlener gesehen haben will. Es gab nur eine Möglichkeit, einen „brennenden Mann“ zu sehen: wenn man sich im Haus, genauer im Vorbau des Hauses, aufgehalten hat. Dort kam Sylvio A. ums Leben. Nicht einmal die Feuerwehrleute, als sie zum Löschen ins Haus eingedrungen sind, haben Sylvio A. gefunden. Gaffern am Rande der Rettungsarbeiten war ein solcher Anblick unmöglich. Bei dieser Aussage handelt es sich unserer Meinung nach um eindeutiges Täterwissen.
- Warum waren Ermittlungsbeamten aus M-V die Personalien von Dirk T. bereits bekannt, eine erkenntnisdienliche Behandlung unterblieb? Warum haben nicht die zuständigen Lübecker Beamt*innen Dirk T. vernommen? War Dirk T. für Behörden aus M-V als V-Mann tätig?
- Warum wurden weder gründlich untersucht, ob

- die vier ursprünglich Tatverdächtigen Kontakte zu zwei Lübecker Autodieben mit rechtsextremer Einstellung hatten, die einige Wochen vor dem Brand einen Diebstahl am Haus begangen haben und
- noch eine Verbindung der Tatverdächtigen zu Kriminellen aus der Rotlichtszene, die eine Bekannte eines der Brandopfer (des Toten Sylvio A. aus dem Vorbau) bereits seit Monaten massiv bedrohten und auch mehrfach vergewaltigt hatten?
- Warum hatten Behörden, die ein eigenes Interesse daran hatten, den Fall Hafensstraße abzuschließen (damit eigene Verfehlungen und Verwicklungen unentdeckt bleiben) die Befugnis, über die Wiederaufnahme zu entscheiden?
- 1996 kamen diverse Ermittlungsspannen ans Licht. Darunter:
 - nicht durchgeführte Untersuchungen am PKW-Inventar der Grevesmühlener (u.a. einem Stadtplan von Lübeck, der nicht auf Häufung von Fingerspuren an relevanten Orten untersucht wurde und einen oder sogar zwei große Benzinkanister)
 - verschwundene/ weggeworfene Beweismittel vom Brandhaus
 - Nichtbeachtung der besonderen Fundumstände der Leiche des Sylvio A, dessen Todesursache nie abschließend geklärt werden konnte und um dessen Leiche ein Draht gewickelt war, der nicht zu im Haus befindlichen Leitungen passte. Statt – wie auf Anraten des Gerichtsmediziners – Spezialist:innen zur weiteren Untersuchung hinzu zu ziehen, wurde die Leiche durch die Staatsanwaltschaft freigegeben.
 - Geradezu groteske „Erinnerungslücken“ von mehreren Kripo-Beamt:innen bei ihren Zeug:innenaussagen vor Gericht, die einer Verhöhnung der gerichtlichen Wahrheitsfindung gleich kamen.
 - Ein Ermittlungsrichter verfälschte eine den libanesischen Hausbewohner belastende Aussage, indem er das 1. OG als Tatort dazu erfand – eine Behauptung, die der Belastungszeuge selbst niemals getätigt hat.

Zu diesen Fragen sind nicht nur Zeug*innen zu hören, sondern auch alle Akten von Polizei (der SoKo der Kripo und der Landeskriminalämter Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern), der Staatsanwaltschaft, der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu sichten.

Es ist auch 25 Jahre nach der Tat noch möglich, die vielen offenen Fragen zum Brandanschlag Hafensstraße wenigstens zum Teil zu klären. Das in den letzten Monaten und Jahren entstandene Bewusstsein über institutionellen Rassismus und strukturelle Defizite

von Behörden bei der Aufklärung rechtsextremer Straftaten kann dazu beitragen. Voraussetzung dafür wird aber sein, dass in Gesellschaft, Politik und Justiz das Interesse an einer Aufklärung der Wahrheit größer ist, als der Wunsch, Verfehlungen, Defizite und den Versuch des Selbstschutzes zu vertuschen.

Das sind wir den ermordeten und verletzten Opfern des Brandanschlages vom 18. Januar 1996 schuldig.

Bitte unterstützt unser Vorhaben und unterschreibt die Petition.

Link zur Petition:

<https://weact.campact.de/p/hafenstrassenmordunvergessen>

**oder
den QRcode scannen**



Die Initiative Hafenstraße'96

Initiative Hafenstraße'96 <https://hafenstrasse96.org/ueber-uns/>

Die Initiative Hafenstraße'96 ist ein ehrenamtlicher Zusammenschluss von Aktivist*innen, um eine antirassistische Gedenkkultur für die Opfer und Betroffenen des Hafenstraßen Brandes in Lübeck aufrecht zu erhalten und zu etablieren.

Zehn Menschen verloren in der Ostseestadt Lübeck ihr Leben. In den frühen Morgenstunden des 18. Januar 1996 brannte die Asylbewerber*innen-Unterkunft in der Hafenstraße 52 in Lübeck. Sieben Kinder und drei Erwachsene kommen hierbei ums Leben. 38 Menschen wurden verletzt. Der Brand in Lübeck gilt als unaufgeklärter Brandanschlag mit der bisher höchsten Opferzahl – alles deutet darauf hin, dass die Täter*innen Neonazis waren. Auch im Fall Lübeck, wurde ebenso wie bei den NSU-Morden oder in Solingen, zunächst ein Opfer beschuldigt. Bis heute wurden keine Täter*innen ermittelt und der zehnfache Mord bleibt unaufgeklärt.

Die Ereignisse um den 18. Januar 1996

Der Anruf von Francoise Makodila erreicht die Notrufzentrale um 03:41 Uhr. Ihre verzweifelten Schreie aus einem Sprachgemisch von Französisch, Lingala, einem afrikanischen Dialekt, und Deutsch werden von Geräuschen eines donnernden, prasselnden Feuers übertönt. »Hafenstraße! Nazis! Mein Gott!« kann sie noch rufen, dann stirbt sie im zweiten Stock des Hauses. Auch ihre fünf Kinder ersticken im beißenden giftigen Rauch des Feuers. Der 17-jährige Rabia El Omari, Sohn libanesischer Geflüchteter, erstickt in seinem Zimmer im zweiten Stock. Das Erdgeschoss und das Treppenhaus stehen in Flammen und so müssen mehrere Bewohner*innen über einen Sims auf das Dach des Hauses flüchten. Dabei stürzen Monique Bunga und ihre siebenjährige Tochter Nsuzana in die Tiefe und sterben. Die Bewohner*innen im ersten Stock retten ihr Leben nur noch durch Sprünge aus den Fenstern und erleiden dabei schwerste Verletzungen. Nachdem der Brand so gut wie gelöscht ist, findet die Feuerwehr zwischen dem Vorbau und dem Eingangsbereich einen weiteren bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Toten. Erst fünf Tage später wird in der Gerichtsmedizin festgestellt, dass die Ursache seines Todes nicht das Feuer war.

Während die Bewohner*innen des Hauses um ihr Leben kämpften, stehen schon seit geraumer Zeit drei junge Männer aus Grevesmühlen ‚ganz cool‘ neben ihrem Auto, einem Wartburg, am Straßenrand und sehen dem Brand aus sicherer Distanz zu. Zuvor sind die Männer, laut Zeug*innenaussage, ein Autorennen durch Lübeck gefahren. Eine vorbeifahrende Polizeistreife kontrollierte die Männer. Einer der Männer gibt einen falschen Namen an. Am 17. Januar 1996 werden die Männer in Grevesmühlen, einer Kleinstadt im benachbarten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern festgenommen und nach Lübeck in Polizeigewahrsam zum Verhör gebracht. Die Männer werden der ortsansässigen Skinhead- Szene zugeordnet.

Ein vierter Tatverdächtiger wird erst am späten Nachmittag ermittelt und gegen Abend festgenommen. Dieser Mann wird nicht erkennungsdienstlich behandelt, da seine Person der Polizei aus nicht genannten Zusammenhängen bekannt zu sein scheint. Bis in die Nacht des 18. Januar 1996 nimmt die Lübecker Kriminalpolizei die Alibis der Tatverdächtigen auf, obwohl inzwischen festgestellt wurde, dass drei der Männer frische Haarversengungen haben – die auf einen Kontakt mit einem Feuer hindeuten. Begründungen hierfür sei u.a. das Anzünden eines Hundes gewesen. Ein Gerichtsmediziner nimmt gegen Mitternacht Haarproben, der bis dahin Verdächtigen. Dieser Tatbestand wird vorerst nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Am 19. Januar – gegen Mittag – werden die Männer aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Am gleichen Tag gegen 17 Uhr wird der Bewohner des Hauses Safwan Eid, zusammen mit seinem Bruder verhaftet. Der aus dem Libanon stammende Mann wird, aufgrund einer ominösen Zeugenaussage beschuldigt, dass Asylbewerber*innenheim, in dem er seit Jahren mit seiner Familie lebte, angezündet zu haben. Die Kontaktdaten des Zeugen, werden später bei einem der Männer aus Grevesmühlen gefunden.

Am 3. Februar 1996 erfährt die Polizei, dass einer der Tatverdächtigen aus Grevesmühlen ein Teilgeständnis gegenüber einem Zeugen abgelegt haben soll – die Ermittlungen gegen die vier Männer aus Grevesmühlen werden im Mai 1996 ein erstes Mal eingestellt und im September 1996 ein zweites Mal. Im Dezember 1996 brüstet sich einer der anderen Tatverdächtigen mit der Brandlegung in der Hafensstraße. Es folgen keine weiteren Ermittlungen.

Safwan Eid wird im Juni 1996 aus der U-Haft entlassen. Nach einem langen Prozess wird er durch einen Freispruch, welchen die Staatsanwaltschaft aufgrund von Mängeln an Beweisen gefordert hat, am 30.06.1997 freigesprochen. Insgesamt wurde er zweimal unschuldig angeklagt und inhaftiert.

1998 gesteht einer der Verdächtigen aus Grevesmühlen, der von Freunden „Klein-Adolf“ genannt wird, während er aufgrund eines anderen Deliktes in Haft sitzt, die Legung des Brandes einem Justizvollzugsbeamten. „Er habe damals zusammen mit seinen drei Freunden das Feuer gelegt“. Dieses Geständnis widerruft er später, wohl aufgrund der Empfehlung der Polizei und Staatsanwaltschaft, um den Prozess für die Betroffenen ruhen zu lassen. Ein halbes Jahr später gesteht er die Tat erneut einem Journalisten.

Trotz der Geständnisse der Tatverdächtigen aus Grevesmühlen wurden die Ermittlungen nicht erneut aufgenommen. Ein rassistisches Tatmotiv wurde nicht verfolgt. So bleiben viele Ungereimtheiten zurück, die sich nicht nur mit der Frage der Schuld beschäftigen. Ebenso ungeklärt gilt die Todesursache von Sylvio Amoussou, der im Vorderbaud des Hauses ums Leben kam. Sein Leichnam wies Verletzungen auf, die nicht nur durch das Feuer, sondern v.a. auch durch Fremdeinwirkungen hätten zustande kommen können (Bsp. Schädelbruch). Die Ereignisse und Ermittlungen, um den Brandanschlag in der Hafensstraße könnten noch weiter ausgeführt werden. Fakt ist – bis heute gibt es keine verurteilten Täter*innen. Der Brand wird als Ursache ein technischer Defekt zugeordnet, trotz mehrfacher Geständnisse eines Neonazis.

Die Erinnerungskultur in Lübeck

Seit dem Brand 1998 hat sich in Lübeck ein Unterstützer*innen-Kreis etabliert, der sich zunächst für die Rechte der Hafensstraßen-Bewohner*innen und die Aufklärung der Tat einsetzte. Hieraus ist damals das sogenannte Lübecker Flüchtlingsforum e.V. entstanden. Das Lübecker Flüchtlingsforum hat in den vergangenen Jahren u.a. die Gedenkfeier an die Toten und die Betroffenen der Hafensstraße organisiert. Seit ein paar Jahren hat sich zudem aus einem Freund*innenkreis des Lübecker Flüchtlingsforum die Initiative Hafensstraße 96 gegründet.

Wir, die Initiative Hafensstraße 96 sind ein Zusammenschluss aus Menschen, die in und um Lübeck leben und dass Erinnern, Gedenken und Mahnen an die Menschen aus der Hafensstraße 52 als Teil unseres politischen Erbes betrachten. Die meisten von uns haben die Ereignisse damals als Kinder oder junge Erwachsene miterlebt.

Jedes Jahr organisieren wir mit u.a. mit dem Lübecker Flüchtlingsforum eine Gedenkwoche um den 18. Januar in Lübeck. Diese besteht aus Informations- und Diskussionsveranstaltungen, zum Bsp. mit Betroffenen von anderen rassistischen Anschlägen. Ebenso richten wir die Gedenkfeier am Ort des Geschehens in der Hafensstraße aus. Hier beteiligt sich die Stadt mit einem Grußwort und einem Gedenkkranz. Die Woche endet mit einer jährlichen Demonstration, um gemeinsam an die Betroffenen und Opfer zu erinnern und auf die Bedrohung durch rechte Gewalt zu verwiesen.



Staatliches Versagen aufgrund der fehlenden juristischen Aufklärung

Der Brand gilt weiterhin als nicht aufgeklärt. Wir als Initiative betrachten ihn als einen ungeklärten rassistischen Brandanschlag, der sich einreicht in eine Reihe rassistischer und extrem rechter Gewaltdelikte in den 1990er Jahren in Lübeck. Nicht erst durch den NSU mussten wir feststellen, dass staatliche Ermittlungen immer wieder ein rassistisches oder extrem rechtes Tatmotiv außer Acht ließen. Daher ist eine erneute Aufnahme der Ermittlungen, in denen ein rassistisches und menschenfeindliches Tatmotiv im

Vordergrund steht, für uns als Initiative unabdingbar. Es ist erschreckend, dass trotz dieser Teilgeständnisse von aktiven Neonazis und der Welle der rassistischen Gewalt in den 1990er Jahren in der Bundesrepublik, die Debatte, um eine Schuldzuweisung zu rechten Täter*innen mit Vorsicht geführt wurde und wird. Der Brand in der Hafestraße ist eine Tat, die sich ereignete in einem Höhepunkt rechter Gewalt in Lübeck – u.a. wurde 1994 ein Brandanschlag durch rechte Jugendliche auf die die Lübecker Synagoge verübt. Es herrschte ein Klima rechter Gewalt in Lübeck und Deutschland, in dem es nicht nur darum geht menschenfeindliche Weltbilder zu vertreten, sondern Menschen aufgrund Ihrer Herkunft das Leben zu nehmen. Ein Klima, dass noch bis heute besteht.

So stehen wir als Initiative vor der Herausforderung die Erinnerung an den Brandanschlag aufrecht zu halten, obwohl die gesellschaftliche Empörung um das Ausmaß der Tat längst verklungen ist. Wir gehen davon aus, dass wenn der Brand als ein rassistischer Brandanschlag (im juristischen Sinne) deklariert worden wäre, würde der Gedenkkultur an die Betroffenen und Opfer, vermutlich, auch durch die Seiten der Hansestadt eine bedeutsamere Rolle zugeschrieben werden.

Unsere größte Herausforderung – fehlende Betroffenenperspektive

Wie bereits aus diesem Text herauszulesen ist, mangelt es an Perspektiven der Betroffenen in der Erinnerungsarbeit. Dies ist leider u.a. der Tatsache geschuldet, dass wir als Initiative wenige bestehende Kontakte zu Überlebenden, Betroffenen und ihren Angehörigen haben. Wir versuchen dies dringend zu ändern. Wir wissen, dass die Betroffenen unsere Arbeit kennen und es sehr schätzen, dass wir die Erinnerung an den Brand aufrechterhalten. Wir wissen auch, dass es Betroffenen gibt, deren Schmerz zu groß ist, um sich aktiv zu beteiligen. Ein Grund hierfür ist auch, die schmerzliche Erfahrung durch die Ermittlungen und falsch Beschuldigen gegen den Bewohner Safwan Eid.

Wir streben an die bestehenden Kontakte zu verfestigen, um die Bedürfnisse der Betroffenen in den Fokus unserer Arbeit zu stellen. Ein Ziel was wir in unserer Arbeit verfolgen, ist zum einen die Führung von Zeitzeugen Interviews und die Gestaltung einer Ausstellung, um die Erinnerung an die Opfer und Betroffenen nicht zu vergessen. Hierfür haben wir leider bisher vergeblich versucht eine öffentliche Finanzierung durch die Hansestadt Lübeck zu erhalten. Hierfür sind wir weiterhin auf der Suche nach Finanzierungs – und Unterstützungs-möglichkeiten.

Wir sehen die Gestaltung einer Erinnerungskultur als notwendig an, um Betroffenen rechter Gewalt Solidarität entgegenzubringen. Es sind ihre Erfahrungen und ihr Leid, dass es nicht zu vergessen gilt. Es ist unsere Verantwortung nichts und niemanden zu vergessen, um eine Zukunft aufzubauen in der, Menschen ohne Angst leben und ein Zuhause haben.

Geschichte im Kontext

- 25. März 1994 erster Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge
- 7. Mai 1995 zweiter Brandanschlag auf die Synagoge
- 18. Jan. 1996 Brandanschlag auf das Asylbewerberhaus in der Lübecker Hafenstraße, 10 Tote, 38 Verletzte
- Mai/Juni 1997 Brandanschläge auf die St.-Vicelin-Kirche und das Gemeindehaus von St. Augustin in Lübeck, dreimal wird der Name des Lübecker Pastors und Organisators des Kirchenasyls für eine algerische Familie Günter Harig zwischen Hakenkreuze auf Kirchenwände geschmiert.

„Es geht nicht um Lübeck. Lübeck ist überall oder kann überall sein.“

„Europa unterliegt dem Mißverständnis, es könne sich als Festung behaupten. Dann muß man auch damit rechnen, daß eine Festungsmentalität entsteht. Und die ist weder liberal noch demokratisch.“
(Günter Grass)

„Wir müssen verstehen, daß da ein Tabu-Bruch passiert ist. Ich habe gedacht, es gebe ein funktionierendes Tabu, nämlich: daß in diesem Land keine Synagogen mehr brennen.“ (Günter Harig)

Wer waren die Täter?

Vier 20 bis 25 Jahre alte Männer verübten den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge im März 1994. Sie gehören zur rechten Szene. Als sie die Molotowcocktails warfen, schlofen im oberen Teil der Synagoge fünf Menschen. Nur weil das Feuer gleich entdeckt wurde, kamen sie nicht in Lebensgefahr. Die Synagoge ist jetzt besonders gesichert, die Fenster gepanzert. Während die fremdenfeindlichen Anschläge in den vergangenen Jahren zurückgingen, stiegen die antijüdischen. Auf die Frage des Vorsitzenden Richters: „Was haben Sie gegen Juden?“ antwortete der 25 jährige Haupttäter Stephan W.: „Sie mußten unter Hitler arbeiten, Autobahnen bauen. Sechs Millionen wurden vergast.“ – „Wenn Sie das wußten, warum dann? Sehen Sie, das kann man schwer verstehen.“ – „Da hab' ich mir keinen Kopp drüber gemacht. Das weiß ich nicht.“ – Keiner der Täter kennt einen Juden persönlich. Sie sind fasziniert von der NS-Zeit; was sie anzieht, sind Erniedrigung und Vernichtung. Nico T. muß schon als Fünfjähriger die Polizei zu Hilfe rufen, wenn der betrunkene Vater die Mutter verprügelt. Später wird auch die Mutter zur Alkoholikerin. Er versagt in der Schule, muß dann zur Sonderschule, beginnt mit 13 selbst zu trinken. Drei Monate arbeitet er als Gärtner, bevor er hinausfliegt und wie die anderen der Clique von Sozialhilfe lebt. Nico T. sieht sich, als er in einem psychologischen Verfahren seine Familie in Tierrollen darstellen soll, als Ratte. „Sie fressen Müll, leben draußen, sind schädlich.“

Jugendstudien zeigen, daß Skinheads wie Nico T. nur die Spitze des Eisberges sind. Danach wurden knapp ein Drittel aller Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren als mehr oder weniger ausländerfeindlich eingestuft. Und auch sie spiegeln nur wider, was bei Erwachsenen weit verbreitet ist. (Publik-Forum Dossier Rechtsextremismus 1992)

Verlorene Spuren:

Was bedeuten die spektakulären Versäumnisse der Ermittlungsbehörden? Zwei Jahre nach dem zweiten Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge ist das Verbrechen immer noch nicht aufgeklärt. Ein geistig behinderter Rettungssanitäter, den der Staatsanwalt zunächst stolz als mutmaßlichen Feuerteufel präsentiert hatte, ist nach mehreren Pannen längst wieder auf freiem Fuß.



Andere Spuren gibt es nicht. Auch die Ermittlungen im Brandanschlag auf das Asylbewerberhaus in der Hafensstraße blieben ohne Ergebnis. Hinweise in die rechte Szene wurden nicht weiter verfolgt. Die Ermittler haben nicht geklärt, woher die für Brandstifter typischen Sengspuren in Gesicht und Haaren einer Gruppe rechtsextremer Jugendlicher aus Grevesmühlen herrührten, sondern deren haarsträubende

Erklärungen auf sich beruhen lassen. Einer der Jugendlichen will einen Hund angezündet haben; die Staatsanwaltschaft mutmaßt, die Verdächtigen hätten womöglich ein gestohlenes Auto ausgeschlachtet und anschließend in Brand gesetzt. Weder Tier noch Fahrzeug wurden je gefunden. Das Fahrzeug der vier Verdächtigen wurde nicht auf Spuren hin untersucht. Asservierte Haarproben der Jugendlichen verschwanden auf ungeklärte Weise, ebenso wie andere Beweisstücke wie die Zarge der verriegelten Haustür oder die Bodenplatte, die an der vermuteten Ausbruchsstelle des Feuers gelegen hatte.

Was ist zu tun?

Das Anzünden der Kirche ebenso wie die vorangegangenen Anschläge auf die Synagoge sind keine gewöhnliche Straftaten: Sie besitzen Symbolcharakter. „Wenn wir so weitermachen, bekommen wir noch viele solcher Symbole“, Hans-Eckhardt Tribess vom Kirchenvorstand St. Marien in Lübeck.

Die Brandstifter von St. Vicelin wollten das Kirchenasyl der Mariengemeinde und ihren Pastor Günter Harig treffen. Ihm wollten die anonymen Attentäter Angst einjagen, aber **Günter Harig und die Mariengemeinde lassen sich nicht einschüchtern: „Flüchtlinge heimlich verstecken, das macht man in einer Diktatur. Einen Streitfall öffentlich zu machen, ist das wichtigste Instrument, das wir haben.“** Günter Harig (Quellen: Lübecker Nachrichten, Das Sonntagsblatt, Hamburg)

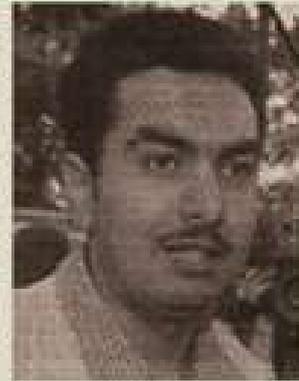
„Was ist des Unschuldigen Schuld -
 wo beginnt sie?
 Sie beginnt da,
 wo er gelassen, mit hängenden Armen,
 schulterzuckend daneben steht,
 den Mantel zugeknöpft,
 die Zigarette anzündet
 und spricht:
 Da kann man nichts machen...
 Seht, da beginnt des Unschuldigen Schuld.“

Gerty Spies, Im Staube gefunden. Gedichte, München 1987, S. 67

Titelseite: Lübecker Synagoge mit Demonstranten gegen den Synagogenanschlag 1994;
 brennende St. Vicelin-Kirche in Lübeck 1997.

Foto auf dieser Seite: Wand des Gemeindehauses von St. Augustin in Lübeck, 29. Juni 1997

Am Montag, dem 16. September 1996, begann vor der Jugendkammer des Lübecker Landgerichts der Prozeß gegen Safwan. Ihm wird vorgeworfen, am 18. Januar den Brand in der Asylunterkunft in der Lübecker Hafenstraße gelegt zu haben, bei dem 10 Menschen starben und 38 zum Teil schwer verletzt wurden. Es ist den einseitigen und rassistischen Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft zu verdanken, daß statt der dringend verdächtigen deutschen Rassisten aus Grevesmühlen ein Opfer des mörderischen Brandanschlages vor Gericht steht.



- Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!
- Freispruch für Safwan!
- Die verdächtigen Nazis vor Gericht!
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Freispruch für Safwan!

Heute hat Safwan die besten Chancen, freigesprochen zu werden. Dies ist jedoch nicht das Verdienst des deutschen Rechtssystems. Denn zunächst standen die Lügen der Staatsanwaltschaft nahezu unwidersprochen da. Daß heute die Zweifel an diesem Versuch der Täter-Opfer-Umkehr weit verbreitet sind, ist einer überdurchschnittlich engagierten Verteidigung, der harten Arbeit von antirassistischen Initiativen und nicht zuletzt dem Mut und der Einigkeit zu verdanken, mit denen die überlebenden Flüchtlinge den Verdrehungen der Ermittler entgegen traten.

Heute werden die Widersprüche und Ungereimtheiten auch in der bürgerlichen Presse breit dargestellt. Das sah in den ersten Monaten nach der Verhaftung Safwans noch ganz anders aus. Damals war das Aufatmen „Zum Glück waren es keine Deutschen“ von taz bis FAZ unüberhörbar. Die Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft wurden mit viel Fantasie ausgeschmückt - heraus kamen ganz gewöhnliche rassistische Zerrbilder. Nur wenige Medien wie die Junge Welt oder Monitor bildeten eine rühmliche Ausnahme; im Gegensatz zur übrigen Presse stellten sie die Sichtweise der betroffenen Flüchtlinge dar und stellten eigene Recherchen an. Vertrauen in die bürgerlichen Medien ist daher

fehlt am Platz. Die antirassistische Bewegung muß sich auch in Zukunft aktiv um den Aufbau von Gegenöffentlichkeit bemühen. Dies ist - neben der Entwicklung von praktischem Widerstand - eine der wichtigsten Bedingungen, um nicht nur einen klaren Freispruch für Safwan durchzusetzen, sondern auch ein Verfahren gegen die dringend Verdächtigen Deutschen zu erzwingen und das unbefristete Bleiberecht der Überlebenden durchzusetzen!

Denn es ist folgender Ablauf zu befürchten: Safwan wird zwar „aus Mangel an Beweisen“ freigesprochen - und Gericht, Staatsanwaltschaft und willige KommentatorInnen werden uns dies gönnerhaft als Großzügigkeit des Rechtsstaats verkaufen. Die Überlebenden werden bei erlahmender öffentlicher Aufmerksamkeit nach und nach abgeschoben, die Brandopfer bleiben unbehelligt und dem gesellschaftlichen Rassismus ist ein weiteres Mal Vorschub geleistet worden.

Dieser Entwicklung entgegen zu wirken ist der Sinn des PROZESS-INFOs, dessen erste Ausgabe Ihr jetzt in den Händen haltet. Regelmäßig (d.h. alle ein bis zwei Wochen) werden wir über die aktuellen Entwicklungen im Verfahren und die Aktivitäten der UnterstützerInnen berichten. Initiativen und andere Weiterverteilern können das PROZESS-INFO übrigens bestellen (Bezugsbedingungen siehe Rückseite).

PROZESS-INFO

Nr. 1

20.9.1996

Lübecker Bündnis
gegen Rassismus
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck
Tel. 0451 - 70 20 748

OFFENE GRENZEN +++ BLEIBERECHT FÜR ALLE

bundesweite DEMONSTRATION

2. November 1996, Lübeck

FREISPRUCH FÜR SAFWAN +++ DIE NAZIS VOR GERICHT!

Erster Prozeßtag: Montag, der 16. September

Am Montag begann unter starken Sicherheitsvorkehrungen der Prozeß gegen Safwan. Zwei Hundertschaften Polizei hatten das Lübecker Landgericht weiträumig abgesperrt. Ob diese Maßnahme aus Angst vor demonstrierenden AntirassistInnen oder doch aufgrund der zu befürchtenden Anschläge von Rechts getroffen wurden, ist unklar.

Um einen Platz im Gerichtssaal zu bekommen, war es von Nöten, beinahe zwei Stunden vor Beginn am Gericht zu sein. Von den nicht einmal 100 Plätzen war die Hälfte für PressevertreterInnen reserviert. Auch 20 BGS-SchülerInnen wurden im Omnibus angefahren und stellten sich an, um kritische Öffentlichkeit durch Staatsmacht zu ersetzen. Sie kamen jedoch zu spät und mußten draußen bleiben.

Wolters Abgang

Der Prozeß begann mit der Entlassung des Pflichtverteidigers von Safwan, dem Lübecker Anwalt Hans-Jürgen Wolter. Dieser hatte schon seit langem das Vertrauen der Familie Eid verloren. Mit seiner zögerlichen und defensiven Herangehensweise hatte er sich der Dimension des Verfahrens nicht gewachsen gezeigt. Warum er nicht schon vor Monaten das Handtuch geworfen hat, sondern sich gegen den Willen seines Mandanten an das Verfahren geklammert hat, bleibt zunächst sein Geheimnis.

Neue zweite Verteidigerin neben Gabi Heinicke wurde Barbara Klawitter aus Hannover, gleichfalls eine in politischen Prozessen erfahrene Anwältin.

Wozu sitzen offizielle Beobachter der Polizei im Saal?

Nachdem Safwan kurz Angaben zur Person gemacht hatte, stellte die Verteidigung den Antrag, die zwei anwesenden Prozeßbeobachter der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd des Saales zu verweisen, denn immerhin bestünde die Möglichkeit, daß sie im Laufe des Prozesses als Zeugen geladen werden müßten. Außerdem könnten durch die Beobachtung andere Polizeibeamte in ihrer Aussage beeinflusst werden bzw. die Abprache von Aussagen vorbereitet werden - zumal im Fall Hafestraße auch die polizeilichen Ermittlungen schon bald nur noch einseitig in eine Richtung zielten.

Das Gericht unter Vorsitz von Richter Rolf Wicken lehnte diesen Antrag jedoch ab und bestätigte den Status der offiziellen Polizei-Beobachter.

Schwierigkeiten mit der arabischen Übersetzung

Safwan entschied sich, am ersten Prozeßtag außer der Angabe von Geburtsort

und -tag keine weiteren Angaben - weder zur Sache noch zum Lebenslauf - zu machen, da er durch den Medienrummel sehr aufgeregt war und sich erst mit dem Ablauf im Gerichtssaal vertraut machen wollte.

Nach einer längeren Pause betrat dann Safwans Vater Marwan den Zeugenstand. Schon bei den Angaben zur Person gab es Schwierigkeiten mit dem vom Gericht bestellten Dolmetscher. Dieser übersetzte Marwans Alter mit 51 Jahren. Die Vertrauens-Dolmetscherin der Verteidigung korrigierte, denn Marwan ist 1951 geboren und somit erst 45 Jahre alt. Die Schwierigkeiten mit der Übersetzung setzten sich fort - auffällig oft mußte der Dolmetscher nachfragen, bevor er das Arabische ins Deutsche übersetzte.

Neuer Staatsanwalt profiliert sich als Scharfmacher

Während der Befragung tat sich besonders der junge Staatsanwalt Axel Bieler durch aggressive Stimmungsmache hervor, indem er rassistische Vorteile bediente. So stellte er die Frage, ob die Familie mit Hilfe einer „Schleuserbande oder normal“ nach Deutschland eingereist sei. Auch die Fragen eines Gutachters, wie lange Safwan gestillt worden sei, fielen etwas aus dem Rahmen - als ob dies tatsächlich Rückschlüsse auf Schuld oder Unschuld zulassen würde.

Bereits vorher hatte sich Wicken disqualifiziert, als es darum ging, bei wem die Geburt eines Kindes im Libanon gemeldet und eingetragen wird. Der Dolmetscher

übersetzte „Häuptling“ - als die Verteidigung zu „Dorfvorsteher“ korrigierte, meinte Wicken, daß dies doch egal sei, es wäre ungefähr das selbe.

Erst ein Quietschen, ein Knall und dann Flammen im Vorbau

Schließlich wurde Marwan zum Ablauf der Brandnacht befragt. Er ging um 1.30 Uhr ins Bett, lag jedoch noch wach. Erst gegen 2.30 Uhr verstummten die Geräusche der spielenden Kinder in der Wohnung über ihm. Danach ist er in leichten Schlaf gefallen.

Geweckt wurde er durch das Quietschen der eisernen Gartenpforte. Sekunden danach hörte er einen lauten Knall - wie von einer Bombe. Er stand auf und schaute aus dem Fenster (siehe Pfeil auf der Abbildung), dabei sah er Feuer im hölzernen Vorbau. Diese Aussage stützt die These eines Brandanschlags von außen. Marwan wurde anschließend aufgefordert, auf einer Skizze zu zeigen, aus welchem Fenster er gesehen und wo genau er das Feuer entdeckt habe. Peinlich, daß auf der vorgelegten Skizze der hölzerne Vorbau nicht einmal eingezeichnet war!

Wo kein Widerspruch ist, wird einer konstruiert

Nun war die Staatsanwaltschaft am Zuge. Dr. Michael Böckenhauer versuchte, einen Widerspruch zu konstruieren. Marwan hatte ausgesagt, daß er im 1. Stock nur Rauch gesehen habe, das widerspreche einer früheren Aussage bei der Polizei. Dort habe er gesagt: „Auf dem Flur war die Sicht durch Rauch behindert, der Weg nach unten war durch die Flammen versperrt.“ Nach langen Verständigungsschwierigkeiten durch die Übersetzung, präziserte Safwans Vater: Durch die geöffnete Tür im ersten Stock sei ihm sofort mit Druck Rauch

entgegengeschlagen, dort habe er nichts gesehen



Demonstration in Lübeck am 2.11. • Plakatentwurf auf der Rückseite

Am sechsten Prozeßtag bestätigten gleich zwei Zeugen, daß der Wartburg der Verdächtigen aus Grevesmühlen bereits vor dem Brandhaus stand, als noch gar keine Polizei eingetroffen war. Damit wird das ohnehin schon brüchige Alibi vollends hinfällig.

In den polizeilichen Vernehmungsprotokollen tauchten diese Angaben gar nicht oder verfälscht auf - die Dimension des Polizei- und Justizskandals wird immer größer.

Die Prozeßfarce gegen Safwan muß jetzt sofort mit einem klaren Freispruch eingestellt werden - und die verdächtigen Nazis müssen endlich vor Gericht.



Schluß mit den rassistischen Ermittlungen!
Freispruch für Safwan!
Die verdächtigen Nazis vor Gericht!
Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

PROZESSFOLGE

Tatverdacht gegen Nazis erhärtet!

**Fünfter Prozeßtag:
Montag, der 30. September**

Prof. Achilles wurde jedoch entgegengenommen. Da die Jugendkammer Prof. Achilles über seiner zum Gerichtsgutachter bestellt hat - und zwar in dem Wissen, daß er Anfang im Auftrag der Verteidigung den Brand untersucht und

Der fünfte Prozeßtag begann praktisch mit der Abwicklung des vierten: am vorigen Mittwoch hatte nämlich der Anwalt des Nebenklägers Bungo den Antrag gestellt, den Brandgutachter Prof. Achilles wegen Befangenheit vom Verfahren auszuschließen. Auf Anweisung seines Mandanten zog Rechtsanwalt Haage diesen Antrag nun wieder zurück, den er ohne Rücksprache gestellt hatte. Ein Ausschuß von Achilles kann natürlich nur den einzigen Darstellung der Staatsanwaltschaft nützen; der Wahrheitsfindung aber würde ein Bärendienst erwiesen, wenn die (viel eher unter dem Verdacht der Parteilichkeit stehenden) Gutachten von Landes- und Bundesstrafministern alleine darüber entscheiden. Nach unseren Informationen entzog Jörg Bungo seinem Anwalt bereits in der Nacht zu Montag das Mandat, gleichwohl blieb Haage den ganzen Tag über im Saal auf der Bank der Nebenklägervertreter - die Klärung dieser Angelegenheit sollte das Gericht auch noch am 6. Prozeßtag beschäftigen und ist noch immer nicht abgeschlossen.

Achilles belangen!

Damit hätte dieses unstreige Kapitel erledigt sein können, wenn nicht der Rechtsanwalt der Familie El Omar, AA Clausen aus Kiel, sich zu Wort gemeldet und für seine Mandanten einen gleichlautenden Antrag gegen Achilles gestellt hätte. Zwar hatte Clausen seine Mandantinnen lediglich in wenigen knappen Sätzen über seinen Plan informiert.

Eine Entscheidung über den Antrag erfolgte zunächst nicht, die vorläufige Gutachten von

vorläufige Feststellungen auch in der Presse veröffentlichte, käme ein positiver Entscheid des Befangenheitsantrages überraschend. Schließlich machte sich die Kammer damit selbst unglaubwürdig.

Hauptsächlich ging es bei den Zeugnisaussagen dieses Tages um die Beobachtungen zur Brandentwicklung im Flüchtlingsheim. Dabei interessierte stets die Frage, an welcher Stelle und in welchem Stockwerk es zuerst gebrannt habe. (Bekanntlich geht die Staatsanwaltschaft von einem Brandherd im ersten Stock aus, die Verteidigung - u.a. gestützt auf die Erkenntnisse von Achilles - jedoch von einer Brandstiftung von außen am hölzernen Vorbau des Erdgeschosses.)

Hatten schon die Aussagen von Marwan und Jean Ed am ersten und zweiten Prozeßtag der staatsanwaltschaftlichen Version vom Brandverlauf widersprochen, so fand sich auch in den Angaben der Zeuginnen am 30.9. keinerlei irreführende Stütze für die Staatsanwaltschaft.

Insgesamt waren die Beobachtungen von 8 Zeuginnen zu hören: ein BGS-Beamter, der mit einem der ersten Einsatzfahrzeuge am Brandort war, ein Zivildienstleistender und eine Frau, die beide in unmittelbarer Nähe des Heimes wohnten, zwei Frauen, die auf dem Weg zur Arbeit das Feuer sahen, zwei Eisenbahnerinnen und ein Mitarbeiter der Firma Brügger, der in der Nacht zum 18. Januar Nachtschicht in seiner Firma hatte.

Zeuginnen - wo war Feuer!

Der BGS-Beamte B. war der einzige unter den Zeuginnen, der den Vorbau nicht hat brennen sehen, obwohl ihm „das eigentlich hätte auffallen müssen“, wenn es dort gebrannt hätte. Flammen im ersten Stock, die später nach dem Bersten der Fenster auch nach draußen schlugen,

Nr. 3
1. 10. 1998
Lübecker Bündnis
gegen Rassismus
Willy-Brandt-Allee 7
23554 Lübeck
Tel. 0451 - 70 20 748
03447 C 4100

Freispruch für Safwan!

Bleiberecht für alle!



Offene Grenzen!

Am 15. Januar kam es in Lübeck durch einen Brandanschlag in Pöhlitz
ange zwei Leuten. 29 waren zum Teil schwer verletzt.

Gegen Safwan, einen libanesischen Hausbesitzer, wird seit dem 14.
September ein Prozess geführt, obwohl keine Durchwärtigkeit erwie-
sen ist.

Gegen vier Nazis aus Grieswörden wird trotz irgendeiner Tatver-
dacht nicht ermittelt. Nach dem Motto: Hauptsache es waren keine
Deutschen.

Gleichzeitig ist den Überlebenden des Brandes immer noch kein dau-
erhaftes Bleiberecht eingeräumt worden, für die meisten von ihnen
blufft die Duldung am 8. November aus.

Wir wollen gegen die rassistischen Ermittlungen der Lübecker Justiz-
behörden und für ein dauerhaftes Bleiberecht aller Überlebenden ent-
schlossen eintreten.

Der rassistischen Realität setzen wir unsere Vorstellungen von einer
solidarischen Gesellschaft entgegen, in der alle unabhängig von Haut-
farbe oder Geschlecht gleiche Rechte und freie Entfaltungsmöglich-
keiten haben. Dazu gehören das Bleiberecht für alle, die hierbleiben
wollen und offene Grenzen!

Die Nazis vor Gericht!

bundesweite
Demonstration

**2. November 96, Lübeck
13 Uhr, Koberg**

Lübecker Bündnis gegen Rassismus, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, 0451-70 20 748

Chronologie einiger Ereignisse

Mit Schwerpunkt auf die Zusammenhänge mit dem Anschlag in Lübeck

Erst seit 1990 werden rechtsextreme Gewalttaten in Deutschland systematisch erfasst. Bis heute sollen über 200 Menschen durch braunen Terror getötet worden sein.

26. 09.1980	Bei dem auf dem Münchner Oktoberfest verübten Anschlag starben 13 Menschen und 211 wurden verletzt. Die Hintergründe des Attentats sind bis heute nicht geklärt
19.12. 1980	Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen
24.06.1982	Rassistischer Mordanschlag in Nürnberg. William Schenck, Rufus Surles und Mohamed Ehap, starben, mehrere Menschen wurden schwer verletzt
27.08.1984	Brandanschlag in Duisburg. Döndü Satir, Zeliha und Rasim Turhan, deren Sohn Tarik Turhan, sowie Çiğdem Satir, Ümit Satir und Songül Satir starben
24.12.1985	Ramazan Avcı wurde in Hamburg von Rechten angegriffen und überfahren. Er starb an den schweren Verletzungen
17.12. 1988	Brandanschlag in Schwandorf. Der Arbeiter Osman Can (49), Ehefrau Fatma (43), Sohn Mehmet (11) und Jürgen Hübener (47) verbrannten bzw. erstickten
24.11.1990	In Eberswalde stirbt der Angolaner Amadeu Antonio Kiowa, nachdem ihn eine Gruppe Neonazis zusammengeschlagen hatte.
17.09.1991	6-tägiger rassistischer Pogrom in Hoyerswerda gegen ein Flüchtlingswohnheim und vietnamesische Vertragsarbeiter_innen.
03.10.1991	Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Hünxe, zwei Mädchen wurden schwer verletzt
31.01. 1992	Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete, eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka starb, die Namen sind unbekannt
05.04.1992	Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein entfällt auf die rechtsextreme DVU 6,3% der Stimmen. In Lübeck beträgt das Ergebnis 9,2%.
22.08.1992	4-tägiger rassistischer Pogrom in Rostock-Lichtenhagen gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber_innen und ein angrenzendes Wohnhaus vietnamesischer Vertragsarbeiter_innen. Der spätere Verdächtige von Lübeck, Dirk T. war laut eigener Aussage „mit seiner Gruppe dabei“.
01.11.1992	Dolgenbrodt: vollständige Zerstörung des örtlichen Asylbewerberheims durch Brandstiftung. Mehrere Einwohner hatten Rechtsextreme für diese Aktion bezahlt.
23.11.1992	Der Brandanschlag in Mölln fordert 3 Tote und 9 Verletzte.
26.05.1993	Sog. Asylkompromiss: Das Grundgesetz wird von CDU, CSU, SPD und FDP geändert, das Asylrecht massiv eingeschränkt.
29.05.1993	Fünf Frauen und Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund sterben in Solingen bei einem Brandanschlag auf ihr Wohnhaus, 17 werden verletzt.

05.06.1993	Brandanschlag auf das Haus einer türkisch-stämmigen Familie in Hattingen/ NRW. Die Ermittlungsbehörden ermitteln gegen die türkisch-stämmige Familie, Frau Ü. wurde angeklagt, aber freigesprochen. Der/ die Täter wurden nie ermittelt.
16.03.1994	Brandanschlag in Stuttgart auf das Haus Geißstr. 7, das von Nicht-Deutschen bewohnt wird, 7 Menschen sterben, weitere 16 werden – teils lebensgefährlich – verletzt. Es wird gegen ehemalige Bewohner des Hauses ermittelt, ein rassistischer Hintergrund ausgeschlossen. 1995 wurde im nahen Esslingen ein Brandstifter verhaftet, der zwischen Oktober 1993 und Juni 1995 mehrere Häuser mit nicht-deutschen Bewohner_innen angezündet hatte und sich auch zu der Tat von Stuttgart bekannte. Bei ihm wurden Bekennerschreiben mit Hakenkreuzen gefunden. Dennoch ging das Gericht von einer psychischen Störung des Täters aus und schloss einen rassistischen/ politischen Hintergrund seiner Taten aus.
25.03.1994	Erster Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge.
08.05.1994	Annegret S., V-Frau der Lübecker Kripo, wird zum zweiten Mal durch Drogen- und Menschenhändler vergewaltigt.
07.05.1995	Zweiter Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge.
13.06.1995	Ein rechtsextremer Briefbombenanschlag richtet sich gegen den stellvertretenden Bürgermeister Lübecks, Dietrich Szameit, und verletzt den Fraktionsgeschäftsführer Thomas Rother.
05.07.1995	Maik W. schmiert Hakenkreuze auf dem Friedhof in Gülze/ MV.
24.10.1995	Safwan und Mohammed E. stellen am Haus Hafenstrasse zwei Personen, die das Auto der Familie E. stehlen wollten. Es handelt sich um André B. und Maik E.
Ende Dezember 1995	Ende Dezember verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf Annegret S.
Anfang Januar 1996	Der Grevesmühlener Maik W. erzählt seinem Freund Marcel R. er „wolle demnächst in Lübeck etwas anzünden“ oder er „habe in Lübeck etwas angezündet“.
18.01.1996	Um 3.41 Uhr meldet Francoise Makodila als erste Feuer in der Flüchtlingsunterkunft Hafenstrasse. In den folgenden Stunden sterben 10 Menschen, weitere 39 werden zum Teil schwer verletzt. In den Morgenstunden werden Maik W., René B. und Heiko P., drei jugendliche Rechtsextremisten aus Grevesmühlen, festgenommen. Am Abend wird ihr Komplize Dirk T. festgenommen. Am gleichen Abend stellen LKA und Gerichtsmedizin fest, dass bei Maik W., Dirk T. und René B. „frische“ Sengspuren an Kopfhaar bzw. Augenbrauen vorliegen. Davon erfährt die Öffentlichkeit erst Anfang Juli.
19.01.1996	Die 4 Grevesmühlener werden frei gelassen. Rettungssanitäter Jens L. macht am Abend eine Aussage, die den Hausbewohner Safwan E. belastet. Safwan E. wird festgenommen, später wird U-Haft angeordnet. Noch am selben Abend erfolgt die Aussage von Gustave S., die Safwan E. entlastet.

20.01.1996	Annegret S. erkundigt sich bei der Polizei nach ihrem Freund Sylvio Amoussou, der in der Hafenstr. 52 wohnte. Mittags findet eine Demonstration von mehreren tausend Menschen in Lübeck statt, sie fordert u.a. das Bleiberecht für alle Hausbewohner_innen der Hafenstr. 52
23.01.1996	Polizei und Staatsanwaltschaft erlassen eine Nachrichtensperre zum Fall Hafenstraße.
24.01.1996	Die Illustrierte „Stern“ bringt einen reißerischen Artikel, in dem Safwan E. Eifersucht bzw. verschmähte Liebe als Tatmotiv unterstellt wird. Sämtliche Hausbewohner_innen weisen die unbelegten Spekulationen des Artikels scharf zurück.
29.01.1996	Die Leiche von Sylvio Amoussou wird zur Einäscherung freigegeben, obwohl keine Todesursache festgestellt werden konnte.
01.02.1996	Eine Abhörmaßnahme gegen Safwan E. in der Zelle, in der er Besuch empfängt., beginnt. Sie dauert bis zum 29.2.
03.02.1996	Die Polizei erhält Kenntnis, dass Heiko P. ein Geständnis abgegeben haben soll.
01.03.1996	Brandopfer Victor Atoe wird abgeschoben.
01.03.1996	Die überlebenden Geflüchteten aus der Hafenstr. widersprechen auf einer Pressekonferenz den Thesen der Staatsanwaltschaft, es habe Streit im Haus gegeben, dies sei das Motiv Safwan E.'s für die Brandlegung.
07.03.1996	Auf einem Lübecker Friedhof werden Hakenkreuze geschmiert.
12.03.1996	Der Ermittelnde Staatsanwalt Dr. Michael Böckenhauer erhält die komplette Ermittlungsakte zum Brandanschlag Hafenstraße.
24.03.1996	Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein entfällt auf die rechtsextreme Partei DVU landesweit 4,3% der Stimmen. In Lübeck beträgt ihr Ergebnis 6,17%.
25.03.1996	Rechtsanwältin Gabriele Heinecke wird zusätzlich zum bereits beauftragten Anwalt Wolter mit der Vertretung Safwan E.'s betraut.
19.04.1996	TV-Beitrag des WDR-Magazins Monitor, in dem ein Gutachter wesentlichen Thesen der Staatsanwaltschaft zum Brandausbruchsort widerspricht.
22.04.1996	Eine Internationale Untersuchungskommission/ IUK zum Fall Hafenstraße konstituiert sich.
08.05.1996	Die Ermittlungen gegen die 4 Grevesmühlener werden ein erstes Mal eingestellt. Im Juli werden sie erneut befragt, woher ihre Sengspuren stammen.
23.06.1996	Erste Erklärung der IUK
02.07.1996	Nach viereinhalb Monaten kommt Safwan E. aus der U-Haft frei.
02.07.1996	Zweite Erklärung der IUK
11.07.1996	Erst jetzt, durch Recherchen des WDR-Magazins Monitor, erfährt die Öffentlichkeit von den Sengspuren bei 3 der 4 Grevesmühlener.

24.07.1996	Durchsuchungen und Beschlagnahmungen beim Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Am gleichen Tag brennt es in einem Lübecker Studentenwohnheim. Ein nicht-deutscher Student stirbt.
01.08.1996	René B. wird zusammengeschlagen. Er hatte vorher belastende Aussagen gegen Dirk T. gemacht.
01.08.1996	Zwischenbericht der IUK
02.08.1996	Versuchter Brandanschlag auf das türkische Restaurant Marmara in Lübeck. Der Täter hinterlässt Hakenkreuz-Sprayereien, flieht aber unter Zurücklassen ungezündeter Brandsätze.
14.08.1996	Die Ermittlungen gegen die 4 Grevesmühlener werden wieder eingestellt.
16.09.1996	Der erste Prozess gegen Safwan E. beginnt. Er dauert bis zum 30.6.1997 und umfasst 59 Prozesstage.
20.12.1996	Maik W. bekennt sich gegenüber einem Ladenbesitzer, den er zuvor bestohlen hatte, zum Brandanschlag in Lübeck.
16.01.1997	Mehrere Hakenkreuzschmierereien in Lübeck, darunter auch an der Kirche, in der ein Gedenkgottesdienst für die Opfer aus der Hafestraße stattfinden sollte.
23.02.1997	Rechtsterrorist Kay Diesner erschießt in der Nähe von Lübeck einen Polizisten. Zuvor hatte er in Berlin einen Buchhändler angeschossen.
27.02.1997	Hakenkreuze und Brandstiftung am Gartenhaus des Lübecker Bischof Kohlwege.
07.05.1997	Dritte Erklärung der IUK
24.05.1997	Nazis mobilisieren ihre Anhängerschaft gegen Pastor Harig, dessen Lübecker Gemeinde einer algerischen Familie Kirchenasyl gewährt. In den folgenden Wochen und Monaten gibt es eine Vielzahl von Hakenkreuzschmierereien an kirchlichen Einrichtungen und mehrere Brandanschläge. Die Kirche St. Vicelin in Lübeck wird dabei fast völlig zerstört.
30.06.1997	Safwan E. wird vom Lübecker Landgericht freigesprochen
01.12.1997	Die Brandruine wird abgerissen.
Januar 1998	Der „NSU“ taucht in den Untergrund ab.
22.02.1998	Maik W. gesteht erneut den Brandanschlag von Lübeck, diesmal vor einem Mitarbeiter einer JVA.
23.02.1998	Maik W. legt vor StA Dr. Böckenhauer und einem Kriminalbeamten ein Geständnis ab, widerruft es aber wieder im gleichen Gespräch.
14.03.1998	Über 400 Festnahmen von Antifaschist_innen durch die Lübecker Polizei bei Protesten gegen einen Naziaufmarsch in Lübeck. Dutzende Antifaschist_innen werden verletzt.
25.06.1998	Die Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes wird im Bundestag beschlossen. Es beinhaltet die mögliche vollständige Streichung von Sozialhilfe, die von Asylbewerbern bezogen oder beantragt wurde.

13.07.1998	Gegenüber einem Journalisten des SPIEGEL gesteht Maik W. die Tat erneut.
16.07.1998	Vierte Erklärung der IUK
24.07.1998	Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe lässt die Revision des Prozesses gegen Safwan E. zu.
18.01.1999	Den Überlebenden des Brandanschlages wird ein dauerhaftes Bleiberecht zugesichert.
23.06.1999	Der „Nationalsozialistische Untegrund“ (NSU) begeht seinen ersten ermittelten Anschlag, ein Rohrbombenattentat in Nürnberg.
03.09.1999	Der zweite Prozess gegen Safwan E. beginnt vor dem Landgericht Kiel.
02.11.1999	Im 2. Strafprozess gegen Safwan E. erfolgt ein erneuter Freispruch.
03.01.2000	Rechtsanwältin Gabriele Heinecke legt Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen gegen die 4 Grevesmühlener ein. Die Generalstaatsanwaltschaft in Schleswig lehnt wenig später die Beschwerde ab.
20.05.2000	Ein dauerhafter Gedenkstein wird am Ort des Brandanschlages errichtet.
14.06.2000	Alberto Adriano wird in Dessau zusammengeschlagen und stirbt
27.07.2000	Bei einem Attentat auf Zuwanderer aus Osteuropa werden in Duisburg zehn Menschen verletzt, ein ungeborenes Kind stirbt
09.09.2000	Die sog. Ceska-Mordserie des „NSU“ beginnt mit der Erschießung des Blumenhändlers Enver Şimşek. Bis zum 25. April 2007 ermordet der „NSU“ 9 weitere Menschen und verletzte Dutzende weitere. Die Ermittlungsbehörden vermuteten jahrelang die Täter im Umfeld der Opfer bis ein missglückter Raubüberfall zufällig zu den drei Haupt-Tätern Uwe Bönhard, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe führte. Wie weit das tatsächliche Netzwerk des NSU reichte, wurde bislang nicht abschließend aufgeklärt.
19.01.2001	Beim Sprengstoffanschlag auf ein Ladengeschäft wurde eine türkischstämmige 19-Jährige schwer verletzt NSU
13.06.2001	Abdurrahim Özüdoğru (49) wird 2001 in einer Änderungsschneiderei in der Nürnberger Südstadt mit zwei Schüssen in den Kopf getötet. „NSU“
27.06.2001	Süleyman Taşköprü (31) wird im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld im Laden seines Vaters mit drei Schüssen getötet „NSU“
29.08.2001	Habil Kılıç wird im Münchner Stadtteil Ramersdorf im Geschäft seiner Frau mit drei Schüssen in den Kopf getötet „NSU“
15.05.2002	Rechtsanwältin Gabriele Heinecke reicht ein Klageerzwingungsverfahren gegen die 4 Grevesmühlener ein.
10.06.2002	Das Oberlandesgericht Kiel verwirft den Antrag auf Klageerzwingung.
25.02.2004	Mehmet Turgut (25) wird an einem Dönerimbiss in Rostock mit drei Kopfschüssen ermordet „NSU“

09.06.2004	Nagelbombenanschlag in der Köln-Mülheimer Keupstraße. 22 Menschen werden verletzt, vier davon schwer. „NSU“
07.01. 2005	Oury Jalloh wird widerrechtlich festgenommen; in der Zelle der Dessauer Polizeireviere wird er verbrannt, sein Körper wies erhebliche Verletzungen von Schlägen auf
09.06.-2005	Ismail Yaşar (50), Besitzer eines Döner-Imbiss, wird in Nürnberg mit fünf Schüssen in Kopf und Herz getötet. „NSU“
15.06.2005	Theodoros Boulgarides (41), Mitinhaber eines Schlüsseldienstes, wird vor seinem Laden im Münchner Westend ermordet. „NSU“
04.06.2006	Mehmet Kubaşık (39) wird in seinem Geschäft in der Dortmunder Nordstadt getötet „NSU“
06.04.2006	Halit Yozgat (21), Betreiber eines Internetcafés, wird in seinem Geschäft in Kassel durch zwei Kopfschüsse getötet. „NSU“
25.04.2007	Die Polizeivollzugsbeamtin Michèle Kiesewetter (22) wird in Heilbronn mit einem gezielten Kopfschuss getötet. „NSU“
01.07.2009	Marwa El-Sherbini wird in Dresden nach einer Gerichtsverhandlung von dem wegen Beleidigung Angeklagten erstochen. Der 1. Juli ist in Deutschland seit 2015 der „Tag gegen antimuslimischen Rassismus“ – in Gedenken an Marwa El-Sherbini“.
Ende 2012	Ende 2012 wird bekannt, dass der Besitzer der Shell-Tankstelle, die für das Alibi der 4 Grevesmühlener eine große Rolle spielt, ein gewisser Robert K., selber mindestens familiäre Kontakte in die rechtsextreme Szene hat. Sein Sohn Florian K. bewegt sich im Umfeld der „Freien Nationalisten Lübeck“ und später der „Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn“. Robert K. verkauft in seinen Tankstellen die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“.
18.01.2013	In der Nacht vom 17. auf dem 18. Januar 2013 wird der Gedenkstein bei der ehemaligen Brandruine in der Hafestraße von Rechten geschändet.
24.08.2015	Brandanschlag auf die Sporthalle einer Schule in Nauen, die als Notunterkunft für Asylsuchende vorgesehen war.
21.02.2016	Brandanschlag auf ein ehemaliges Hotel in Bautzen, das als Asylbewerberunterkunft vorgesehen war
22.07.2016	In München werden neun Menschen erschossen, die für den Attentäter „türkisch“ oder „balkanstämmig“ aussehen: Sabine S., Dijamant Zabërgja, Sevda Dağ, Can Leyla, Guiliano Kollmann, Armela Segashi, Hüseyin Dayıcık, Selçuk Kılıç und Roberto Rafael.
10.11.2018	Der Gedenkstein bei der ehemaligen Brandruine wird u.a. mit SS-Runen geschändet.
Silvester 2018/19	Andreas N. attackiert gezielt Migranten im Ruhrgebiet, vier Tote und mehr als 20 Verletzte durch Attacken mit einem Auto.

02.06.2019	Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wird zu Hause auf seiner Terrasse erschossen.
09. 10. 2019	Drei Menschen sterben bei Anschlägen auf einen Kebab-Imbiss in Halle. Das eigentlich geplante Attentat auf die Besucher der Synagoge in Halle scheitert an der Sicherheitstür.
19.02.2020	In Hanau werden Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüzü, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kalojan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saraçoğlu von einem rechtsextremistischen Attentäter erschossen.
25.03.2024	Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus Solingen, eine vierköpfige bulgarisch-türkische Familie mit zwei Kleinkindern wurde getötet, 21 Menschen wurden verletzt. Die Behörden hielten Beweise auf rassistisches Motiv unter Verschluss.



Solingen 1993



Solingen 2024



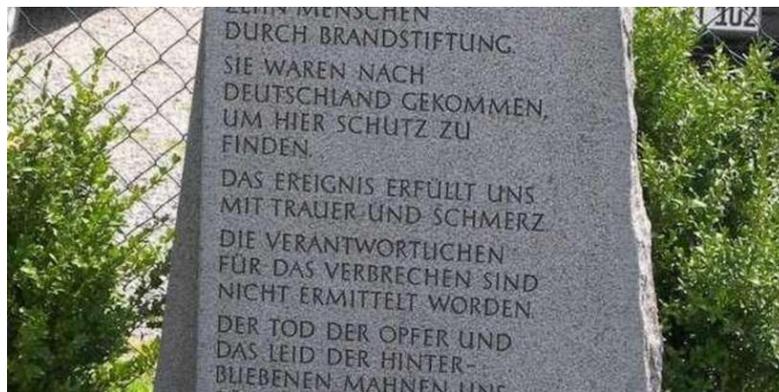
Solingen 2024

Der Triumph der Mörder

Der Autor **Holger Wulf** war in den 1990er Jahren im »Lübecker Bündnis gegen Rassismus« aktiv; er hat die Ermittlungen im Fall Hafensstraße von Anfang bis zum Ende verfolgt und war Prozessbeobachter im ersten Strafverfahren gegen Safwan Eid.

Aus der Zeitschrift für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig/Holstein und Hamburg »Enough is enough« Nr. 24

In der Nacht zum 18. Januar 1996 starben sieben Kinder und drei Erwachsene bei einem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafensstraße. Objektiv waren (und sind) vier junge Rechtsextremisten der Tat dringend verdächtig – vor Gericht gezerrt wurde hingegen der Libanese Safwan Eid, einer der 38 Menschen, die bei dem Brandanschlag verletzt wurden. In zwei Prozessen wurde Safwan freigesprochen. Die tatsächlichen Brandstifter wurden nie zur Verantwortung gezogen.



Ein Gedenkstein zum Brand in Lübeck.

Am Vormittag des 18. Januar vor zehn Jahren ging die internationale Öffentlichkeit von einem der folgenschwersten rassistischen Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte aus. 38 Flüchtlinge wurden verletzt, zum Teil sehr schwer. Sylvio Amoussou (27), Monica Maiamba Bunga (17) und ihre Tochter N'Suszna (7), Francoise Makodila Landu (32) und ihre Kinder Christelle (6), Legrand (5), Christine (17), Miya (14) und Jean-Daniel Kosi (3) und Rabia El Omari (16) kommen um.

Zu diesem Zeitpunkt ist die Brandursache zwar noch ungeklärt, zwei Tatverdächtige sind aber bereits festgenommen, nach einem dritten wird gefahndet. Sie werden der Skinheadszene von Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) zugerechnet. Sie wurden in der Brandnacht gegenüber der Flüchtlingsunterkunft von der Polizei kontrolliert.

Bundespräsident Roman Herzog lässt verlauten »Sollte es sich wieder um einen rechten Anschlag handeln, dann reißt mir allmählich der Geduldsfaden, dann gibt es wieder Licherketten«, der Präsident der Lübecker Industrie und Handelskammer (IHK) fürchtet, dass »Lübeck wird nicht mehr mit Holstentor und Marzipan in Verbindung gebracht wird, sondern mit Brandanschlägen«.



Die deutschen Tatverdächtigen des Lübecker Brandanschlages

<https://antifainfoblatt.de/bilderstrecken/die-deutschen-tatverdaechtigen-des-luebecker-brandanschlages>

Source (Credits) Bild: Screenshot von YouTube/Das Magazin

Denn Lübeck ist als Ort faschistischer Gewalt nicht zum ersten Mal in den (internationalen) Schlagzeilen. 1994 und 1995 waren Brandanschläge auf die örtliche Synagoge verübt worden. Während PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse sich Sorgen um Deutschlands Ansehen in der Welt machten, verbunden mit der offen ausgesprochenen Hoffnung, es möge sich wenigstens diesmal nicht um einen rechtsextremen Anschlag handeln, bezog der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) konkret Position: Eine drastische Änderung der Flüchtlingspolitik forderte er ein, benannte die Ausgrenzung von Nicht-Deutschen und versprach seinen energischen Kampf dagegen. Unter anderem lud er alle daran Interessierten ins Rathaus ein, um die anstehenden Aufgaben gemeinsam zu beraten. Denn »alle sollten sich verantwortlich fühlen«. Verantwortlich zeigten sich nicht zuletzt Lübecker SchülerInnen: Sie stellten den Großteil der TeilnehmerInnen bei einer ganzen Reihe an Demonstrationen und Mahnwachen in den Wochen nach dem Anschlag. Bis zum 20. Januar erhielt Bouteiller für diese Reaktion Respekt. Dann meldeten die Ermittlungsbehörden, dass einer der Hausbewohner aus der Flüchtlingsunterkunft unter dringendem Tatverdacht festgenommen sei. Schon einen Tag vorher hieß es, die ursprünglich verdächtigen jungen Männer aus Grevesmühlen hätten ein Alibi für die Tatzeit und seien deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt.

Opfer werden zu Tätern gemacht

Mit dieser Maßnahme konstruierten Polizei und Staatsanwaltschaft aus einem rassistischen Verbrechen einen besonderen Fall von »Ausländerkriminalität«. Mit der scheinbaren Charakteränderung des Verbrechens ändert sich auch die Stimmung gegenüber unabhängigen antirassistischen Initiativen, den Flüchtlingen sowie Bürgermeister Bouteiller. Voreilig seien pauschal »Deutsche« vorverurteilt worden. Die Lübecker CDU konzentrierte ihre geschmacklosen Angriffe auf den Bürgermeister. Besonders thematisiert wurde, dass er vor laufenden Kameras um die Brandopfer geweint hatte.

Alle Diskussionen um Asylpolitik und den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Nicht-Deutschen, ebenso die Frage, wie den faschistischen Organisationen begegnet werden müsste, waren mit dem Tatverdacht gegen Safwan Eid mehr oder weniger vom Tisch gefegt.

Dabei war es für diejenigen, die sich nach wie vor an Fakten orientierten, schnell klar, dass einerseits der Tatverdacht gegen Safwan Eid auf ausgesprochen dünnen Indizien beruhte, andererseits von einer Entlastung der Grevesmühlener Männer nicht die Rede sein konnte (siehe auch »Zweierlei Maß« AIB 72 - 3.2006 | 15.9.2006).

Einige wenige Medien (Tageszeitung »Junge Welt«, TV-Magazin »Monitor«) und unabhängige antirassistische/antifaschistische Initiativen prüften kritisch die Ermittlungen – und stießen schnell auf eine Fülle von Widersprüchen, Ungereimtheiten und gewagten Interpretationen. Die Ermittlungsbehörden verhängen daraufhin eine mehrtägige Nachrichtensperre.

Die antirassistische Politik vor Ort, hauptsächlich getragen vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus, musste sich einer zusätzlichen Aufgabe stellen: Ging es vor der Verhaftung Safwan Eids darum, allein die politischen Konsequenzen des Anschlages zu ziehen (u.a. die Forderung nach einem Bleiberecht für alle Brandopfer – unabhängig von den teilweise noch laufenden Asylverfahren), rückten die polizeilichen Ermittlungen zum Brandanschlag selbst mit in den Mittelpunkt der antirassistischen Arbeit. Dies sollte bis zum zweiten Freispruch für Safwan Eid im November 1999 so bleiben.

Die Aktivitäten riefen mehr als Unmut bei den Behörden hervor. Wegen angeblicher »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole« bekam das Lübecker Bündnis gegen Rassismus Besuch von der Polizei, samt anschließender, nach Monaten aber eingestellter Verfahren. Auf einem Plakat des LBgR war der für die Ermittlungen verantwortliche Staatsanwalt vor dem Brandhaus zu sehen. Eine Fotomontage, die den grafischen Hintergrund für die Forderung »Schluss mit den rassistischen Ermittlungen« darstellte. Gleichzeitig baten fast sämtliche großen Zeitungen und Fernsehanstalten, von der taz über die Zeit bis zur Los Angeles Times, vom SAT-1-Frühstücksfernsehen bis hin zu CNN, das antirassistische Bündnis um Interviews und Stellungnahmen.

Das hatte nicht allein mit der offensiven und intensiven Arbeit des LBgR zu tun, sondern auch mit den immer skandalöser werdenden Ermittlungen. Auch vielen bürgerlich gesinnten Menschen wurde klar, dass mit Safwan Eid der Falsche angeklagt wurde, während gleichzeitig der immer stärkere Tatverdacht gegen die vier jungen Rechtsextremisten aus Grevesmühlen von den Staatsanwälten Böckenhauer, Schultz und Bieler mit immer lächerlicheren Thesen abgetan wurde.

Zudem fand Safwan Eid in Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter zwei Strafverteidigerinnen, die kompetent und engagiert für die Rechte ihres Mandanten stritten – und das nicht nur im Gerichtssaal. Bereits der erste Prozess (mit immerhin über 60 Verhandlungstagen) wurde zu einer Farce: nachdem die Staatsanwaltschaft im Zuge der Verhandlung eine obskure Verschwörung der meisten HausbewohnerInnen ausmachte um schließlich selber einzusehen, dass eine Verurteilung Safwans nicht zu erreichen ist, beantragte sie einen Freispruch.

Aber nicht alle Stimmen, die nur zu gerne einen Flüchtling gesehen hätte, der selber Flüchtlingsunterkünfte anzündet, waren mit dem Freispruch verstummt. Solange es keine juristisch festgestellten Täter gab, blieb zumindest in Teilen der Öffentlichkeit die Täter-Opfer-Verdrehung intakt.

Trotz der Fakten, trotz des Berichtes einer zwischenzeitlich tätigen unabhängigen Kommission aus JuristInnen verschiedener Länder, trotz eines Klageerzwingungsverfahrens gegen die Tatverdächtigen aus Grevesmühlen blieb der »Kriminalfall Hafestraße« bis heute unaufgeklärt. Denn die Justiz hat einen Prozess gegen die vier aus Grevesmühlen verhindert. Verhindert wurde auch, dass die verantwortlichen PolizeibeamtInnen und Staatsanwälte für die in ihrer Einseitigkeit rassistischen Ermittlungen zur Verantwortung gezogen wurden.

Neonazi-Offensive

Neonazis haben das Vorgehen der Behörden auf ihre Weise verstanden. In den Monaten nach dem Anschlag in der Hafestraße ist es zu einer Vielzahl von Gewalttaten gekommen. Dutzende Farb- und auch Brandanschläge auf Kirchen, kirchliche Einrichtungen und einen Sendemast des NDR führten nur in einem Fall zu der Ermittlung der rechtsextremen Urheber. Aus der Aktions-Offensive konnten die Neonazis bald darauf eine Organisations-Offensive machen.

Für die folgende Stärkung der NPD und des »Bündnis Rechts« trägt auch die nicht stattgefundene polizeiliche Verfolgung neonazistischer Straftaten eine wesentliche Verantwortung. Die Mörder haben in fast allen Punkten triumphiert. Dass mit Safwan Eid ein Unschuldiger hinter Gitter musste und die Abschiebung der allermeisten überlebenden Brandopfer konnte jedoch verhindert werden. Für damals aktive AntirassistInnen ein nur schwacher Trost...

Der SPIEGEL-Journalist Andreas Juhnke hat über den Brandanschlag ein Buch geschrieben. In seinem Werk »Brandherd« heißt es am Schluss: »Es gab vorher und nachher in der Welt größere Massenmorde, gnadenlosere Vertuschungen, weniger Hilfe als nach dem Mord an Monica und Suzanna Bunga, Françoise, Christine, Miya, Christelle, Legrand und dem kleinen Jean-Daniel Makodila, Sylvio Amoussou und Rabia El Omari. Aber es ist an der Zeit aufzuwachen in Lübeck, wenn nicht wieder eine lange Liste ausländischer Namen in den Todesanzeigen erscheinen soll.

Aber Lübeck schläft, nicht nur nachts um drei Uhr. Die meisten haben die Sache sowieso längst vergessen. Gut, sagen die Mörder, so soll es bleiben.«

Mehr zum Thema

- Der Unwille zur Aufklärung AIB 96 - 3.2012 | 17.12.2012
- Der Prozeß gegen Safwan Eid geht weiter AIB 49 - 4.1999 | 24.11.1999

Weiteres im Zusammenhang

Film

„TOT in Lübeck“

Deutschland 2003

- Regie: Charlotte Marsau und Katharina Geinitz
- Co-Regie: Katharina Geinitz
- Originalfassung: Deutsch – Untertitel: Englisch
- Länge: 107 min.



**Dietrich Kittner spielt die Lübecker Moritat
(Ballade über die allgemeine Unschuld im Lande)**

Broschüre

„Antirassistische Initiativen und Gedenkpolitik“

Zum Download hier:

<https://hafenstrasse96.org/wp-content/uploads/2020/12/Trauer-Wut-und-Widerstand-Antirassistische-Initiativen-und-Gedenkpolitik.pdf>

Buch

Brandherd: Der zehnfache Mord von Lübeck: Ein Kriminalfall wird zum Politikum
von Andreas Juhnke

Ch. Links Verlag, 1998, ISBN-13 : 978-3861531548

Buch

Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft: Hattingen - Lübeck
Hrsg.: Prozessgruppe z. Fall Hattingen u. AG zu rassistischen Ermittlungen, 1998
(Nur noch antiquarisch ISBN: 3924737436)

»Als ich nach Deutschland kam«

Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe
Verlag UNRAST, Hg. International Women* Space e.V.
ISBN 978-3-89771-323-9

Gegenwehr: Lernen im Widerstand



Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Hattingen oder Solingen. Diese Ortsnamen sind es, die bei Vielen die rassistischen Ausschreitungen, Gewalttaten und Morde der der 90er-Jahre ins Gedächtnis rufen. Was sie nicht näher beschreiben, sind die Leiderfahrungen, die Trauer und die Traumata der betroffenen Menschen.

Die Brandanschläge und Ausschreitungen hatten einen

nachdrücklichen Einfluss und zeigten sich an verschiedenen „alltäglichen“ Umgangsweisen mit der Bedrohung. In der kollektiven Erinnerung an die 1990er-Jahre; vor allem in der der Mehrheitsgesellschaft sind sie aber wenig präsent: *Der Verkauf von Brandmeldern und Strickleitern stieg, Familien schickten ihre Kinder aus der Stadt zu Verwandten, dachten über eine Rückkehr in die Türkei nach oder verließen das Land tatsächlich. Sie legten ihre Kinder nachts angezogen schlafen, ließen sie nur noch ungern vor die Tür und begegneten „dem kollektiven Schutzgedanken des Staates“ mit wachsendem Misstrauen.* (Bundeszentrale f. politische Bildung, Franka Maubach: *Mölln, Solingen und die lange Geschichte des Rassismus in der Bundesrepublik*)

So etablierten sich vielfältige Formen der Selbstverteidigung und zum Schutz der eigenen Familie. Neben Strickleitern in Wohnungen, um jederzeit fliehen zu können, wurden Nachbarschaftstreffen organisiert, um über die Frage zu diskutieren, wie man sich gegen Brandanschläge und rechte Gewalt schützen könnte. Anfänge von Öffentlichkeitsarbeit wurden entwickelt: es gab Kundgebungen und Demonstrationen. Manche verteidigten sich militant gegen Rechts. Bereits Ende der 80er-Jahre entstand die *Antifa Gençlik*. 1988 in Berlin gegründet, organisierten sich hier antifaschistische, migrantische Jugendliche im Widerstand gegen Faschismus und faschistische Gewalt. (s: **Antifa Gençlik**, {Antifaschistische Jugend} Eine Dokumentation ISBN: 978-3-89771-566-0). Vorläufer waren z.B. die »36 Boys« in Kreuzberg, die schon in den 1980ern gegen rassistische Übergriffe und für eine selbstbewusste migrantische Kultur eintraten. Die Jugendliche waren Vertreter_innen der zweiten Generation, die Kinder der „Gastarbeiter_innen“, die in den westdeutschen Arbeiterbezirken aufwuchsen und ihr Leben lang nur Ausgrenzung und Entrechtung erfahren hatten. Der Start der **Antifa Gençlik** hing zusammen damit, dass für den 20. April 1989 Nazis angekündigt hatten, Migranten in Berlin anzugreifen. Diese Drohung wurde von den migrantischen Communities sehr ernst genommen. Eltern schickten ihre Kinder an diesem Tag in Kreuzberg nicht in die Schulen und Kitas. Nur wenige Jahre später mussten sich die Strukturen der **Antifa Gençlik** aufgrund von staatlicher Verfolgung auflösen.

Eine weitere Gruppierung war „**Kanak Attak**“, ein 1998 gegründeter Zusammenschluss von Leuten, die die vorherrschenden rassistischen Zuschreibungen aufbrechen wollten und dazu vor allem Politik- und Kulturveranstaltungen organisierten.

**Mit Ulrich Nölle
auf neuen Kurs:**



Wahlplakat Bürgerschaftswahlen Bremen 1991

Statt den zunehmenden Angriffen gegen Mitbürgerinnen des Landes entschieden entgegen zu treten, schürte die Politik die Stimmung gegen Migrant_innen: Ende Dezember 1992 stimmte der Deutsche Bundestag mit einer Zweidrittelmehrheit aus CDU/CSU, SPD und FDP für eine weitreichende Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes, die eine erhebliche Beschneidung des Grundrechtes auf Asyl darstellte. Die Verfassungsänderung trat ab dem 28. Juni 1993 in Kraft und erschwerte nun die Möglichkeit, sich erfolgreich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen (Art 16a(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht).

Rechte Mordbrenner erkannten, dass die massive rassistische Gewalt politische Entscheidungen beeinflussen konnte. *Die rechte Gewalt der 1990er Jahre zeichnet sich durch mehrere Besonderheiten aus: Sie wurde zu einem Massenphänomen, sie blieb relativ wenig sanktioniert, und sie zielte zumindest in einigen Regionen Ostdeutschlands darauf, den öffentlichen Raum zu kontrollieren. (Bundeszentrale f. politische Bildung, Rechte Gewalt in den 1990er Jahren)*

Unter anderem aus der daraufhin etablierten „akzeptierenden Sozialarbeit“ heraus entstanden weitere rechtsextreme Jugendgruppen; die mörderischste von ihnen der in der Szene gut vernetzte so genannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU).

Den Morden des NSU wurde von den deutschen Behörden mit altbekanntem Muster begegnet. Dieses unter Migrantinnen schon von den „Ermittlungen“ im Zusammenhang mit den Brandanschlägen von Hattingen, Lübeck, etc. bekannte Muster: Gründe für die Morde wurden im Umfeld der Opfer gesucht, Spuren wurde nicht nachgegangen, rassistische Zuschreibungen gehörten zum Standard von Behörden und Presse.

Ein Zusammenhang zwischen den Morden und Anschlägen wurde von den Angehörigen selbst durchaus erkannt. Schon im Mai 2006 organisierten sie eine Demonstration mit der Forderung „Kein 10. Opfer“. Sie erinnerten sich gut an die 1990er Jahre: *Das Wissen um Wiederholung und die endlose Geschichte rassistischer Gewalt ist Menschen mit Migrationsgeschichte stets präsent. Sich eingehend mit der Alltags- und Erfahrungsgeschichte des Rassismus zu beschäftigen, (...) generiert historisches Wissen. (...) Wer diese Perspektive konsequent aufnimmt, lernt nicht nur etwas über die Ursachen, sondern auch über die Auswirkungen auf Dauer gestellter Rassismuserfahrung. (Bundeszentrale f. politische Bildung, Franka Maubach: Mölln, Solingen und die lange Geschichte des Rassismus in der Bundesrepublik)*



Nach der Ermordung von Halit Yozgat am 6. April 2006 organisierten seine Angehörigen zusammen mit Freund_innen in Kassel einen Schweigemarsch mit der Forderung „Kein 10. Opfer!“. An ihm nahmen auch die Angehörigen der vom NSU ermordeten Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık sowie circa

4.000 Menschen vor allem aus den migrantischen Communities teil. Im Juni wurde ein weiterer Schweigemarsch durch die Familie Kubaşık und ihre Freund_innen in Dortmund organisiert.

Auf beiden Schweigemärschen forderten die Angehörigen und die Demonstrierenden die Aufklärung der Mordserie, die erst über 5 Jahre später als rassistische Mordserie, begangen durch die Neonazis des NSU, bekannt wurde. In dieser Zeit standen die Angehörigen selbst im Mittelpunkt der Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft.

Die Communities lernten auch voneinander. Insbesondere der **Initiative in Gedenken an Oury Jalloh** gelang es vielfältige Formen der Öffentlichkeitsarbeit, der Recherche, der Selbstorganisation zu erproben. Diese Formen des Widerstandes wurden von Initiativen wie **Keupstraße ist überall**, **NSU-Komplex auflösen**, das **NSU-Tribunal** und dem **NSU-Watch** und auch in Hanau aufgegriffen, angepasst und weiterentwickelt. Internationale Untersuchungs - Komitees wurden gegründet, Veranstaltungen erarbeitet und Versammlungen organisiert.

In besonderem Masse gelang das nach den Anschlägen in Hanau. Die lokalen Initiativen konnten auf ein mittlerweile bundesweit existierendes Netzwerk aufbauen, ihre Formen des Handelns an ihre besondere Situation anpassen und mit dem Slogan. **„Say Their Names“** die Sichtweise der migrantischen Community durchsetzen. Die Namen und Gesichter der Ermordeten wurden in den Vordergrund gerückt. Ihre Geschichte wurde nun vorrangig erzählt, und nicht diejenige der Täter.

Eine weitere Entwicklung nach den Morden in Hanau ist eine erneute Selbstorganisation, die **migrantifa**, von denen es Gruppen in verschiedenen Städten in Deutschland gibt und die entschieden gegen faschistische Organisation und Gewalt eintritt.

Denn wie auch die Auschwitz-Überlebende, Musikerin und Aktivistin Esther Bejarano es angesichts des Versagens deutscher Ermittlungsbehörden rund um den NSU-Komplex - es ging um geschredderte Akten, Verdächtigungen gegen die Opferfamilien selbst oder die V-Mann-Verstrickungen des Verfassungsschutzes, der Nazistrukturen mitfinanzierte - am 17.11.2015 formulierte: „Wer gegen Nazis kämpft kann sich auf den Staat nicht verlassen“.

Einige Kontakte

<https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/>

Die Angehörigen und Überlebenden des Anschlags in Mölln setzen sich seit 30 Jahren für ein selbstbestimmtes Gedenken von Betroffenen und Überlebenden rechter Gewalt ein.

<https://19feb-hanau.org/>

Nach den rassistischen Morden in Hanau am 19. Februar 2020 wurde diese Initiative gegründet, um der Solidarität und den Forderungen nach Aufklärung und politischen Konsequenzen einen dauerhaften Ort zu geben.

<https://www.bildungsinitiative-ferhatunvar.de/>

Die Bildungsinitiative Ferhat Unvar, benannt nach einem der in Hanau Ermordeten, bietet allen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Eltern, die rassistische Erfahrungen im Alltag oder in der Schule machen, eine Anlaufstelle.

<https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh gründete sich unmittelbar nach dem Tod Oury Jallohs im Polizeirevier Dessau-Roßlau am 7. Januar 2005. Die Initiative hat die manipulativen Ermittlungen durch eigene gutachterliche Untersuchungen begleitet. Die Initiative war damit beispielgebend für viele weitere Initiativen, die sich nach Todesfällen gründeten, um gemeinsam die Vertuschungen, die Schikanen und Lügen der deutschen Behörden nicht mehr hinzunehmen.

<https://www.nsu-watch.info/>

Die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), sein Netzwerk und die Rolle der Behörden sind auch nach dem Ende des Strafprozesses längst nicht aufgeklärt. NSU-Watch wird von einem Bündnis aus rund einem Dutzend antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Bundesgebiet getragen, die seit über einem Jahrzehnt zum Themenkomplex arbeiten.

<https://keupstrasse-ist-ueberall.de/>

Bis zur Selbstenttarnung des NSU 2011 ermittelten die Behörden ausschließlich gegen die zum Teil schwer Verletzten und Geschädigten des Bombenanschlags in der Keupstraße in Köln und machten aus Opfern Täter. Vor diesem Hintergrund hat sich die Initiative Keupstraße ist überall gegründet, um in Vorbereitung auf die Verhandlungstage zur Keupstraße im NSU-Prozess in München offensiv zu werden

<https://www.nsu-tribunal.de/>

Bis heute sind wir weit von der versprochenen „lückenlosen Aufklärung“ im NSU-Komplex entfernt. Das Tribunal ist ein Ort der gesellschaftlichen Anklage von Rassismus. Die Berichte der Betroffenen und Angehörigen stehen im Mittelpunkt. Ihre Geschichte gilt es zu hören und zu verstehen.

<https://kop-berlin.de>

Ziel von KOP ist es, institutionellem Rassismus entgegenzutreten. Konkret befassen sich die Gruppen unter anderem mit der Polizeipraxis des Racial Profiling, der Dokumentation und Aufklärung rassistischer Polizeiangriffe und -übergriffe sowie der Begleitung der Opfer und die Vermittlung zu Beratungsstellen.

<https://justice4mouhamed.org/>

Am 08.08. wurde der 16-jährige Mouhamed Lamine Dramé in der Dortmunder Nordstadt erschossen. Das Bündnis hat sich zusammengefunden, um gemeinsam für ein Ende der brutalen Verhältnisse durch die Polizei und für ein Gedenken Mouhameds zu kämpfen.

<https://initiativeamad.blackblogs.org/>

Die Initiative gründete sich in Gedenken an Amed A., der infolge eines Brandes in der Justizvollzugsanstalt Kleve starb. Er saß zu Unrecht mehr als zwei Monate in Haft.

<https://brechmittelfolter-bremen.de/>

Die Initiative erinnert an Laye-Alama Condé, getötet im Bremer Polizeigewahrsam durch einen zwangsweise durchgeführten Brechmitteleinsatz.

<https://blackcommunityhamburg.blackblogs.org/>

Selbstorganisation der black community, nicht nur in Hamburg.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

Die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) ist eine als gemeinnützig anerkannte deutsche Stiftung mit dem Ziel, die deutsche Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stärken.

<https://www.bs-anne-frank.de/>

Die Bildungsstätte Anne Frank (ehemals Jugendbegegnungsstätte Anne Frank) ist ein 1997 gegründetes Bildungszentrum in Frankfurt am Main und in Kassel. Ziel der Einrichtung ist es, Jugendliche und Erwachsene für Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren – und sie für die aktive Teilhabe an einer offenen, demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Was ist die Rote Hilfe e.V.

Die heutige Rote Hilfe e.V. hat eine lange Vorgeschichte. Ihr Vorläufer ist die bereits 1921 in der Weimarer Republik entstandene „Rote Hilfe Deutschland“ (RHD). Die Rote Hilfe e.V. (RH) unterstützt also seit über 100 Jahren alle Linken, die wegen ihres politischen Engagements in Konflikt mit den staatlichen Behörden kommen. Ob nach polizeilichen Maßnahmen bei einer Teilnahme an einer Demonstration, bei spontanen Streiks oder Aktionen für eine gerechtere Welt, die RH steht an der Seite der Betroffenen, unabhängig von ihren politischen Einstellungen. Immer geht es darum, den Einzelnen ihre Rechte gegenüber staatlichen Institutionen bewusst zu machen, sie in entsprechenden Auseinandersetzungen zu stärken.



Die Rote Hilfe e.V. ist unabhängig, aber freilich parteilich.

Die RH wendet sich gegen die Einschränkung demokratischer Rechte durch staatliche Institutionen. Egal ob es sich um Demonstrationsauflagen, um Versammlungsverbote, um Verbote linker Organisationen oder die Verfolgung einzelner Aktivist*innen handelt. Die RH ist solidarisch mit den von solchen Handlungen betroffenen Organisationen und Personen. Das gilt auch für Verfolgte aus anderen Ländern, denen hier politisches Asyl verweigert wird.

Die Aktivist*innen der RH bieten Beratungen an und Workshops und vieles mehr. Es werden Veranstaltungen gemacht zur Information über die Situation von politisch Verfolgten in aller Welt, über aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, sowie über bestimmte gesellschaftliche Probleme wie racial profiling – von dem wir wissen, dass es existiert, auch wenn Polizeibehörden das hartnäckig zu leugnen versuchen.

Wir beobachten mit Sorge die Verstrickungen staatlicher Akteure in die Machenschaften von faschistischen Gruppierungen und versuchen Initiativen, die sich um Aufklärung bemühen, zu unterstützen.

Die Mitglieder der Roten Hilfe e.V., die aus dem gesamten linken Spektrum kommen, entscheiden über Grundsätze und Schwerpunkte der Tätigkeit der Roten Hilfe durch eine von ihnen gewählte Bundesdelegiertenversammlung.

Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Die Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Hannover



Kontakt

Rote Hilfe e.V. Hannover
c/o UJZ Kornstraße
Kornstr. 28/32 | 30167 Hannover

hannover@rote-hilfe.de

webseite

<https://hannover.rote-hilfe.de/>

Instagram

<https://www.instagram.com/rotehilfehannover/>



Sprechstunden

im UJZ Korn*:

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 16.00 Uhr

Jeden 3. Montag im Monat ab 19.00 Uhr

* Kornstrasse 28-32, 30167 Hannover – Nordstadt
Haltestelle Kopernikusstrasse

Die UNIVERSEN verabschieden sich in den Untergrund

Abschlussfestival vom 6.-16. Mai mit antifaschistischen Perspektiven

Wir erinnern. Wir klagen an.

Wir trauern. Wir tanzen. Wir lachen.

Wir bleiben unversöhnlich.

Wir erzählen. Wir trinken Çay. Wir hören zu.

Wir widersprechen und wir lassen uns nicht aufhalten.

Denn: Die *Universen* sind eine solidarische Bühne, unsere Bühne. Die *Universen* sind eine Einladung, ein neues Universum nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Eine Einladung, gemeinsam unterschiedlich zu sein. Eine Einladung, gemeinsam Welt zu denken. Eine Einladung, die Hoffnung nicht aufzugeben. Die *Universen* geben Unheard Voices Raum – jenen Stimmen, die zu wenig oder gar nicht gehört werden. Sie sind ein flüchtiger Ort, an dem wir uns immer wieder neu zusammenfinden – und vielleicht gemeinsam ein Universum voller Solidarität, Selbstbestimmung und Teilhabe erschaffen.

Die UNIVERSEN sind eine Programmreihe am Schauspiel Hannover und bezeichnen sich selbst als solidarische Bühne für die Stadtgesellschaft. Mit dem Ende der Spielzeit verabschieden sich die UNIVERSEN in ihrer jetzigen Form und die aktuelle künstlerische Leitung Katharina Wisotzki mit einem Abschlussfestival zum Thema Untergrund.

Die UNIVERSEN haben sich den Stimmen derer verschrieben, die sonst zu wenig gehört werden, den Stimmen derer, die gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden. Gleichzeitig sind die UNIVERSEN immer eine Einladung gewesen, gemeinsam darüber nachzudenken, wie eine gerechtere Welt aussehen könnte und sie für den einen oder anderen Abend auch gemeinsam zu erleben. In den letzten Jahren hat sich die Welt allerdings stark verändert: Der extreme Druck von rechts, die alltäglich gewordenen Angriffe, Skandale, Grenzüberschreitungen und Tabubrüche, die Gewissheit, dass progressive Stimmen in der Minderheit sind und dass nicht alle progressiven Stimmen unter Druck standhalten werden, sind mittlerweile allgegenwärtig.

Daher widmet sich das Abschlussfestival vom 6.-16. Mai 2025 unter dem Titel Untergrund historischen wie gegenwärtigen antifaschistischen Perspektiven. Denn: Räume wie die UNIVERSEN, Räume des gesellschaftliche Zusammenhalts müssen verteidigt werden, manchmal aus dem Untergrund.

Den Auftakt macht am 6. Mai eine Stadtführung des ZeitZentrumZivilcourage zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Hannover, die zum Ende der Weimarer Republik einer der Hauptgegner der Nationalsozialisten war. Nach der Machtübertragung wurden ihre Organisationen und Angehörigen unbarmherzig verfolgt.

Am 7. Mai ist dann das Theater Lübeck mit dem Rechercheprojekt Hafenstraße zu Gast, das sich mit dem rassistischen Brandanschlag vom 18. Januar 1996 und dessen Nicht-Aufklärung durch die Behörden auseinandersetzt. Mit dieser Untat reiht sich Lübeck in eine unrühmliche Liste von Städten ein, die vor allem in den 1990ern durch Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückten – Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen.

Die Filmvorführung am 8. Mai – dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus – zeigt Interviews mit Menschen, die in West- und Ostdeutschland in den 90er Jahren antifaschistisch aktiv waren.

Am 9. Mai gibt es die Gelegenheit noch eine Vorstellung der UNIVERSEN-Produktion Zeitenwende zu sehen. Zeitenwende ist eine Lecture Performance über Männlichkeit und Gewalt von Fikri Anil Altıntaş und Katharina Wisotzki. In einer Zeit, in der Männer „wehrhaft“ und Deutschland wieder „kriegstüchtig“ sein sollen, untersucht die Performance, inspiriert von den Gedanken des Historikers und Faschismus-Forschers Klaus Theweleit, die komplexen Beziehungen zwischen Männlichkeit, Gewalt und Militarisierung.

Nach einer Atempause am Wochenende startet die zweite Hälfte des UNIVERSEN-Abschlussfestivals mit einem neuen Text von Antigone Akgün: Mit *Philhellenia* zeigt die SchauspielerIn, RegisseurIn und Autorin am 13. Mai einen neuen Theatertext zum deutsch-griechischen Verhältnis, auch zur NS-Zeit.

Am 14. Mai gibt es die letzte Gelegenheit, die UNIVERSEN-Produktion dialoge der sprachlosigkeit der hannoverschen RegisseurIn Dîlan Z. Çapan zu sehen, in der es um die Grenzen des Sagbaren und die Suche nach den richtigen Worten geht. Der Abend wird von der MusikerIn Dîlan Top begleitet.

Und auch, wenn die Zeiten schwieriger werden, darf gesungen, getanzt, gefeiert werden: Beim großen UNIVERSEN-Abschluss am 16.5. mit QUEEREEOKÉ und der anschließenden Abschlussparty, die gemeinsam mit der MULTIVERSUM-Bar veranstaltet wird.

QUEEREEOKÉ ist ein Performance-Party-Projekt, das mit spontaner Choreografie, Gesang und Show-Effekten einen sichereren Raum für die queere Community schafft und das Publikum dazu einlädt, selbst zu singen. QUEEREEOKÉ ist eine Feier des queeren Lebens.

UNIVERSEN X UNTERGRUND

ABSCHLUSSFESTIVAL

ZEITZENTRUM
ZIVILCOURAGE

HAFENSTRASSE
(THEATER LÜBECK)

ANTIFA.

SCHULTER AN SCHULTER,
WO DER STAAT VERSAGTE

FIKRI ANIL ALTINTAŞ &
KATHARINA WISOTZKI

ANTIGONE AKGÜN

DÎLAN TOP,
ANTIGONE AKGÜN,
DÎLAN Z. ÇAPAN

QUEEREEOKÉ &
MULTIVERSUM BAR

06.05.

07.05.

08.05.

09.05.

13.05.

14.05.

16.05.

In der Nacht zum 18. Januar 1996 starben sieben Kinder und drei Erwachsene bei einem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafensstraße. Niemand von ihnen lebte in diesem Haus freiwillig.

In Erinnerung an

Monica Maiamba Bunga

Geboren am 12.11.1968 in Luanda/ Angola.

Starb im Alter von 27 Jahren durch multiple Verletzungen in Folge eines Sprungs aus dem 3. OG des Brandhauses.

Nsuzana Bunga

Geboren am 25.9.1988 in Luanda/ Angola.

Starb im Alter von 7 Jahren durch multiple Verletzungen in Folge eines Sprungs aus dem 3. OG des Brandhauses.

Rabia El Omari

Geboren am 1.12.1978 in Beirut/ Libanon.

Starb im Alter von 17 Jahren durch Rauchgasvergiftung.

Francoise Makodila Landu

Geboren am 28.3.1962 in Kinshasa/ Zaire.

Starb im Alter von 33 Jahren durch Rauchgasvergiftung bzw. direkte Brandeinwirkung.

Christelle Makodila Nsimba

Geboren am 16.1.1988 in Kinshasa/ Zaire.

Starb im Alter von 8 Jahren durch Rauchgasvergiftung.

Legrand Makodila Mbongo

Geboren am 11.8.1990 in Lübeck/ Deutschland.

Starb im Alter von 5 Jahren durch Rauchgasvergiftung.

Christine Makodila

Geboren am 24.9.1978 in Kinshasa/ Zaire.

Starb im Alter von 17 Jahren durch Rauchgasvergiftung.

Miya Makodila

Geboren am 18.5.1981 in Kinshasa/ Zaire.

Starb im Alter von 14 Jahren durch Rauchgasvergiftung.

Jean-Daniel Makodila Nkosi

Geboren am 12.5.1992 in Lübeck/ Deutschland.

Starb im Alter von 3 Jahren durch Rauchgasvergiftung.

Sylvio Bruno Comlan Amoussou

Geboren am 5.11.1968 in Cotonou/Togo.

Starb im Alter von 27 Jahren. Die Todesursache wurde nicht abschließend ermittelt.

***anıları canlı tutma mücadelesi ~ reclaim and
remember ~ das erinnern erkämpfen***